Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Abteilung Regionalgeschichte
mit Schwerpunkt Schleswig-Holstein

OLIVER AUGE, ULRICH ERDMANN

GUTACHTEN ZUR FRAGE DER STRASSENBENENNUNG

nach dem Ehrenbürger und ehem. Bürgermeister
von Kronshagen Paul Drews

Verfasst von

Prof. Dr. Oliver Auge (0000-0003-4634-0193)
Abteilung für Regionalgeschichte mit Schwerpunkt Schleswig-Holstein
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
oauge@email.uni-kiel.de

Dr. Ulrich Erdmann
Biografie- und Chronikservice
ulrich.erdmann@gmx.de

unter Mitarbeit von Anne Krohn (M. Ed.)

Grafik & Layout:

RegionalDigital GbR

Kiel, 26. Oktober 2023

Zusammenfassung

Die Benennung von Straßennamen nach Personen, die eine wie auch immer geartete NS-Belastung aufweisen, ist ein Sachverhalt, dem sich die Gesellschaft der Bundesrepublik seit einigen Jahren verstärkt in einem diskursiven Prozess stellt. Verschiedene Lösungswege wurden und werden dabei angedacht bzw. beschritten, die – je nach der Form und Schwere der Belastung, aber auch nach dem aktuellen politischen Diskussionsklima – von der unkommentierten Beibehaltung der bisherigen Straßenbenennungen bis hin zu deren vollständiger Tilgung reichen. Auch Kronshagen weist mit seiner „Bürgermeister Drews-Straße" eine derart problembehaftete Straßenbenennung auf. Die Straßenbenennung geht auf die Ehrung zurück, die die Gemeinde Kronshagen ihrem langjährigen Bürgermeister Paul Drews bei dessen Eintritt in den Ruhestand zusammen mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechts im Mai/Juni 1961 angedeihen ließ. Damals war das Wirken von Paul Drews als Bürgermeister auch während der NS-Diktatur durchaus bekannt. Doch überwog zu Beginn der 1960er Jahre im Rückblick die positive Leistungsbilanz des Bürgermeisters nach dem Zweiten Weltkrieg, etwa in Hinsicht auf den Bau der örtlichen Mittelschule, des Seniorenwohnheims, der Turnhalle oder der Kanalisation, ganz abgesehen davon, dass in jenen Tagen der Umgang mit der eigenen NS-Geschichte und deren Aufarbeitung natürlich einen ganz anderen Stellenwert besaß und eine ganz verschiedene Tiefenschärfe aufwies als heute. Indes entzieht sich die Person Paul Drews bis heute einer absolut eindeutigen Kategorisierung, sodass damals wie in unserer Gegenwart eine Entscheidung pro oder contra Ehrung/Straßenbenennung keine unbedingt leichte, sondern vielmehr eine in aller Sachlichkeit herausfordernde Aufgabe darstellt. Insgesamt darf dabei davon ausgegangen werden, dass Bürgermeister Drews mit anderen Mitgliedern der Gemeindeverwaltung bis zum August 1945 die vorhandene NS-Aktenüberlieferung weitgehend „gesäubert", d. h. um eindeutig belastendes Material reduziert hat. Nur so sind die erkennbaren Lücken im heutigen Archivbestand erklärbar. Was gleichwohl aus der schütteren Überlieferung herausgearbeitet werden kann, ist z. B. Drews' sicher bewusste Falschaussage im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens bezüglich des Datums seines Eintritts in die NSDAP genauso wie seine Falschauskunft 1946, die Eingemeindung Kronshagens nach Kiel verhindert (anstatt, wie es tatsächlich der Fall war, aktiv betrieben) zu haben oder seine fragwürdigen Einflussnahmen zulasten von Bürgern und zugunsten von Parteifreunden und Marineinstitutionen während der NS-Zeit, um nur ein paar Befunde der hier folgenden Ausführungen zu erwähnen. Weil die genannten Fakten jedoch in ihrer Zeit zu kontextualisieren sind und weil man sich in der Bewertung der Rolle Paul Drews' während der NS-Zeit unbedingt nicht in bloßer Schwarz-Weiß-Malerei ergehen kann, sondern vielmehr für wechselnde Grautöne sensibilisiert sein muss, hat die Gemeinde Kronshagen Prof. Oliver Auge und Dr. Ulrich Erdmann, die sich beide bereits als Autoren der Ortschronik von 2021 intensiv mit der Person des ehemaligen Bürgermeisters und „seiner" Straße befasst haben, offiziell beauftragt, ein Gutachten zu erstellen, das auf der Grundlage weiterer intensiver Archivrecherchen und in Abgleich mit ähnlichen Problemfällen anderenorts eine sachlich-kritische Empfehlung zur Frage der künftigen Straßenbenennung liefern soll. Ohne der Meinungsbildung in den Gremien in irgendeiner Form vorgreifen zu wollen, empfiehlt sich im Fall der „Bürgermeister Drews-Straße" wohl ein Mittelweg.

Inhaltsverzeichnis

1 Quellenlage **1**

2 Karriere von Paul Drews **3**
2.1 Werdegang bis 1932 3
2.2 Karriere 1933–1945 4
2.3 Rückzug und Entnazifizierungsverfahren 1945–1949 11
2.4 Zweite Karriere als Bürgermeister 1950–1961 17
2.5 Nachklänge bis 1972 21

3 Straßenumbenennungen aufgrund von NS-Belastung in Deutschland: Eine kurz gefasste vergleichende Zusammenstellung **23**
3.1 Freiburg 24
3.2 Hamburg 25

4 Schlussfolgerungen für den konkreten Fall der „Bürgermeister Drews-Straße“ in Kronshagen **29**
4.1 Vorgehensweise A 30
4.2 Vorgehensweise B 30
4.3 Vorgehensweise C 31

Quellen **32**

Literatur **33**

Onlineressourcen **34**

1. Quellenlage

Vordergründig stellt sich die Quellenlage insbesondere im Gemeindearchiv Kronshagen zu den Jahren 1934–1945 und 1950–1961 und den entsprechenden Amtszeiten des Bürgermeisters Paul Drews (1893–1972) als reichhaltig dar.

Zum 750-jährigen Jubiläum des Ortes beauftragte die Gemeinde 2018 Prof. Oliver Auge, die wissenschaftlich fundierte Ortschronik „Kronshagen. Von der agrarischen Siedlung im Mittelalter zur Gartenstadt der Gegenwart" herauszugeben. Dies bot dem Mitverfasser Dr. Ulrich Erdmann von 2018 bis 2020 den Anlass, das erhaltene Material für das Unterkapitel „Kronshagen zwischen Revolution und ‚nationaler Erhebung'" über den Zeitraum von 1918–1945 näher in Augenschein zu nehmen.[1]

In dem Text der folgenden Untersuchung über das Wirken von Bürgermeister und Ehrenbürger Paul Drews in Kronshagen sowie der Frage der Straßenbenennung 1961 wird mit den jeweiligen Seitenzahlen der genannten Chronik auf die entsprechenden Zitate mit impliziten Verweisen zu den Quellen hingewiesen.[2] Zum Abschluss des o.g. Chronik-Kapitels bis 1945 hatte der Verfasser zu der Materiallage zu resümieren, dass wie in anderen Orten auch in der Gemeindeverwaltung von Kronshagen während des Übergangs von der NS-Diktatur bis zur Phase der britischen Militärregierung die meisten politisch belastend erscheinenden Aktenstücke verlorengegangen seien.[3]

Noch über das Kriegsende im Mai 1945 hinaus beließen die Einheimischen den allgemein angesehenen und unangefochtenen Bürgermeister Paul Drews im Amt und mit entsprechender Handlungsfreiheit bei den Verwaltungsunterlagen im Gemeindehaus. So wurde er erst nach einer Direktive der britischen Militärregierung von der hiesigen Gemeindevertretung am 11. August 1945 abgewählt.[4] Wie alle vergleichbaren Bürgermeister in Schleswig-Holstein kam Paul Drews dann umgehend in Internierungshaft und durchlief ein Verfahren.

---

[1] Ulrich Erdmann (2021). „Kronshagen zwischen Revolution und nationaler Erhebung". In: *Kronshagen. Von der agrarischen Siedlung im Mittelalter zur Gartenstadt der Gegenwart*. Hrsg. von Oliver Auge. (Nordelbische Ortsgeschichten, Bd. 6). Husum, S. 136–207.

[2] Weitere Quellenverweise im fortlaufenden Text werden mit den Kürzeln GAK (für das Gemeindearchiv Kronshagen) und LASH (für das Landesarchiv Schleswig-Holstein) samt Signaturen markiert.

[3] Erdmann 2021, S. 204.

[4] Ebd.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Paul Drews seit dem Ende des Ersten Weltkriegs die erhalten gebliebenen Protokollbücher der Gemeinde mit eigener Hand zum jeweils aktuellen Geschehen lückenlos geführt. Dazu zählten in den Sitzungen der Gemeindevertretung ab 1933 die Stationen der sogenannten Gleichschaltung und indirekt des Machtkampfs um das Bürgermeisteramt, das Paul Drews im Februar 1934 mit der Unterstützung der neuen Gemeinderäte wie dem NSDAP-Ortsgruppenleiter Ludwig Peters übernahm.[5] Als letzterer 1936 von dem Parteiamt zurücktreten musste, bis Kriegsende allerdings als Mitglied im Gemeinderat verblieb und gleichzeitig gegen diese Institution eine juristische Klage führte, hatte der Protokollant Drews 1938/39 den Streitgegenstand und Ausgang dieses Rechtsverfahrens offenbar aus Vorsicht vor vermuteten späteren Auseinandersetzungen nur vage umschrieben.[6] Entsprechende Lücken auch zu anderen Themen hatte der Mitverfasser dieses Gutachtens mit Material in anderen Institutionen (wie den Entnazifizierungsakten von Paul Drews im Landesarchiv Schleswig, im Folgenden: LASH) oder durch Zeitungsartikel in den Jahrgängen bis 1945 zu rekonstruieren versucht.

Nachfragen bei einheimischen Zeitzeugen blieben 2018 bis 2020 oft ergebnislos. Selbst manche politisch anders als der ehemalige Bürgermeister orientierten Kronshagener hatten ihren Kindern in der Nachkriegszeit anhaltend vermittelt, nicht näher nach Person und Taten von Paul Drews in den NS-Jahren zu fragen oder zu forschen, da ihnen dieser als Amtsperson seinerzeit bei (ungenannten) prekären Angelegenheiten angeblich behilflich gewesen sei.

Für die Jahre ab 1946 ist die Überlieferungslage an Material im Gemeindearchiv Kronshagen (und in anderen Institutionen) zu dem Wirken des Nachkriegs-Bürgermeisters Paul Drews ab 1950 dagegen deutlich aussagekräftiger.

[5] Erdmann 2021, S. 166–69.
[6] Ebd., S. 180/81.

2. Karriere von Paul Drews

2.1 Werdegang bis 1932

Eine orientierende wie harmonisierende Kurzbiographie von Paul Drews (1983–1972) hat Alice Ohrenschall für die Ortschronik von 1971 mit dem Aufsatz „Ein Leben für Kronshagen" vorgelegt.[7] Demnach hatte Drews (1983–1972) in seiner Geburtsstadt Preetz ab 1908 eine dreijährige Lehrzeit in der Verwaltung absolviert und wechselte 1911 für sein weiteres Berufsleben anfangs als einfacher Sekretär in die Amts- und Gemeindeverwaltung von Kronshagen. Im Ersten Weltkrieg wurde er nicht zum aktiven Militärdienst eingezogen, heiratete 1915 und wurde Vater von zwei Kindern. Ab 1920 arbeitete er in Kronshagen als Obersekretär, fungierte ab 1927 als Verwaltungs-Oberinspektor und setzte mit dem Diplom für Kommunalbeamte seine Karriere fort.

1924 ließ Drews sich wie sein Dienstvorgesetzter Gemeindevorsteher Hermann Evers von dem persönlich bekannten Architekten Arnold Bruhn eine repräsentative Villa (im Hasselkamp 55) errichten;[8] er war damals Mitglied der im Gemeinderat bestimmenden völkisch-antisemitischen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise stellten ab Herbst 1929 auch die Gemeinde Kronshagen vor so große Probleme, dass ihre Vertreter mit der Nachbarstadt Kiel über ihre Eingemeindung verhandelten. Für diese sprach sich Paul Drews am 27.01.1930 in der Gemeinderatssitzung (wie acht andere Gemeindevertreter bei zwei Gegenstimmen) aus und hielt dies so auch im Protokollbuch fest.[9] Als der Magistrat von Kiel selbst dagegen diese Eingliederung 1930 ablehnte, sondierte Drews 1932 für einen weiteren Versuch[10] und sollte auch in den Folgejahren mehrfach seine Bereitschaft zu dieser Übernahme Kronshagens durch die Nachbarstadt bekunden.[11]

Das genaue Gegenteil nahm Paul Drews später wahrheitswidrig während seines Entnazifizierungsverfahrens in einem Brief an den Entnazifizierungs-Hauptausschuss Rendsburg vom 14.04.1948 in Anspruch, um seine NS-Belastung der Kategorie III

[7] Alice Ohrenschall (1971). „Ein Leben für Kronshagen." In: *Kronshagen. Beginn – Entwicklung – Gegenwart.* Hrsg. von Gemeinde Kronshagen. Kiel, S. 44.
[8] Erdmann 2021, S. 147.
[9] Ebd., S. 153–55.
[10] Ebd., S. 159/60.
[11] Ebd., S. 176/77 u. S. 191.

(Minderbelastete) herabstufen zu lassen: „Dass die Gemeinde Kronshagen heute überhaupt noch selbstständig ist, eine Eingemeindung auf Kiels Bestreben nicht geschah, darf ich, ohne überheblich zu sein, voll für mich in Anspruch nehmen. Hierüber geben auch die Akten der Gemeindeverwaltung genügend Aufschluss“.[12]

Paul Drews war seit 1929 Mitglied des Kreistages in Bordesholm und war er mit großen Teilen der hiesigen Bevölkerung Anfang August 1932 empört, dass der Reichskanzler Franz von Papen nach seinem Staatsstreich („Preußenputsch“) die geheim gehaltene Auflösung des Kreises Bordesholm kurzfristig für den 01.10.1932 verfügte, was Staats- wie Politikverdrossenheit zum Ende der Weimarer Republik noch weiter beförderte. So strengte der Dipl.-Kommunalbeamte Drews exemplarisch für viele andere davon Betroffene im Oktober 1932 eine Klage dagegen beim Staatsgerichtshof in Leipzig an. Nach dem Regimewechsel 1933 und seinem Beitritt zur NSDAP wurde er von 1933–1936 Abgeordneter im Kreistag in Rendsburg und zog seine Klage erst im September 1934 auf Drängen übergeordneter Stellen zurück.[13]

2.2 Karriere 1933–1945

Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten zu Beginn des Jahres 1933 hatte der langjährig erfahrene Verwaltungsbeamte Paul Drews gute Karriereaussichten in Kronshagen, zumal ihm seine Klage gegen die Auflösung des „Alt“-Kreises Bordesholm viele Sympathiebekundungen aus allen politischen Lagern eingetragen hatte.

So wurde er zu den Kommunalwahlen am 13.03.1933 im Ort zum Spitzenkandidaten des konservativ-rechtsextremen Bündnisses einer „nationalen Einheitsliste“ aus NSDAP, DNVP, Stahlhelm und dem hiesigen Kommunalverein bestimmt. Welcher dieser einzelnen Gruppierungen er sich für die Ebene in dem nun zuständigen Kreis angeschlossen hatte, war bereits am 26.02.1933 in den Kieler Neuesten Nachrichten zu lesen (vgl. Abb. 2.1): „Die Liste der NSDAP zur Kreistagswahl des Kreises Rendsburg trägt an den ersten 13 Stellen folgende Namen: […] 7.) Diplom-Kommunalbeamter Paul Drews- Kronshagen […]“.[14]

Der Parteibeitritt von Paul Drews mit der entsprechend niedrigen Mitgliedsnummer 1.502.582 ist in der NSDAP-Gaukartei mit dem Stempelaufdruck „1.3.1933“ festgehalten worden. Auch selbst bekannte sich Drews zu diesem Beitrittsdatum am 01.03.1933 kurz nach Kriegsende am 15.05.1945 mit seiner Unterschrift und ließ dies in seinem ersten Fragebogen zur Entnazifizierung zugleich den Gemeindekassierer Alfred Raasch als Zeugen schriftlich bestätigen (vgl. Abb. 2.4).[15] Nachdem allerdings die britische Militärregierung im Sommer 1945 die Wählbarkeit von Gemeinderäten für die Fälle von NSDAP-Beitritten vor dem April 1933 verboten hatte, datierte Drews

[12] *LASH, Abt. 460.11, Nr. 148/2034*, Eine Kopie der Entnazifizierungsakte befindet sich nunmehr im Gemeindearchiv Kronshagen.
[13] Paul Steffen (2008). „Der Kreis Bordesholm 1867-1932“. In: *Jahrbuch für das ehemalige Amt Bordesholm*, S. 191–196, hier S. 194; Erdmann 2021, S. 159.
[14] Ebd., S. 162.
[15] *LASH, Abt. 460.11, Nr. 148/2034*; Erdmann 2021, S. 163.

x Rendsburg, 25. Februar.

Kreistagswahl.

Die Liste der NSDAP.

zur Kreistagswahl des Kreises Rendsburg trägt an den ersten 13 Stellen folgende Namen: 1. Rechtsanwalt Wilhelm Hamkens-Hohenwestedt, 2. Hofbesitzer Hinrich Voß-Ostermühlen bei Beringstedt, 3. Landwirt und Amtsvorsteher Wilhelm Dahmke-Wasbek, 4. Sattlermeister Franz Krabbes-Rendsburg, 5. Fabrikarbeiter Heinrich Brommann-Büdelsdorf, 6. Landwirt und Gemeindevorsteher Siech-Lütjenwestedt, 7. Diplom-Kommunalbeamter Paul Drews-Kronshagen, 8. Landwirt Eggert Sievers-Schwabe, 9. Drogist Werner Haß-Nortorf, 10. Kätner Johannes Giese-Breiholz, 11. Schlossermeister Lüttmann-Bordesholm, 12. Landwirt Hinrich Hadenfeldt-Holstenniendorf, 13. Landarbeiter Otto Meier-Hamerau, 14. Hufner Jürgen Möller-Nübbel, 15. Bankangestellter Erich Bötel-Alt-Duvenstedt.

Die Liste „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot"

enthält als erste Namen folgende: 1. Landmann Wilh. Rohweder-Glüsing, 2. Bürgermeister Dr. de Haan-Rendsburg, 3. Landmann Johannes Peters-Schilp bei Rendsburg, 4. Landmann und Gemeindevorsteher Hinrich Delfs-Moisee, 5. Kaufmann Rudolf Peperkorn-Schenefeld, 6. Gutsbesitzer Adolf von Bülow-Bossee, 7. Landmann Hans Wulf-Hamdorf, 8. Konrektor a. D. Hermann Dreßler-Rendsburg, 9. Landmann Adolf Wolfenhaar-Holtdorf, 10. Korvettenkapitän a. D. Friedrich Klein-Kronshagen.

Abbildung 2.1: Artikel zur Kreistagswahl. Die Liste der NSDAP (Quelle: Kieler Neueste Nachrichten vom 26.02.1933).

diesen Schritt für seine Person dauerhaft auf den für ihn vorteilhafteren Mai 1933 um.

So trug er am 22.03.1947 in den ausführlichen zwölfseitigen Fragebogen zur Entnazifizierung nun als Datum für seinen NSDAP-Eintritt explizit den 01.05.1933 ein, fügte die Fußnote „Eintrittsdatum später von der Partei auf den 1.3.1933 zurückdatiert" hinzu und bezeugte die Wahrheitsgemäßheit erneut mit seiner Unterschrift.[16] Auch in seiner Berufungsbegründung an den Entnazifizierungs-Hauptausschuss Rendsburg vom 08.07.1949 und in den weiteren Jahren hielt er mit Erfolg an dieser Legende fest: „Zum 1. Mai 1933 trat ich in die NSDAP ein und erhielt die Mitgliedsnr. 1.502.582.

[16] Erdmann 2021, S. 163.

Dieses Eintrittsdatum ist später von der Partei ohne mein Zutun auf den 1.3.1933 zurückdatiert".[17]

Im Frühjahr 1933 konnte die rechtzeitig vollzogene NSDAP-Mitgliedschaft bis zum 01.05.1933 (noch vor dem mehrjährigen Aufnahmestopp bis 1937) insbesondere für Beamte karrieresichernd oder -fördernd sein. Von frühzeitig sich zum Nationalsozialismus Bekennenden wurden solche Beitrittsanträge und -verfahren auch als Instrument in Machtkämpfen genutzt, und dies geschah im Vergleich zur Kreisstadt Rendsburg in Kronshagen vergleichsweise unauffällig.

Dort war das Aufnahmegesuch von Drews' Dienstvorgesetztem, dem Gemeindevorsteher Hermann Evers, laut NSDAP-Zentralkartei mit der deutlich höheren Mitgliedsnummer 2.754.176 und Gültigkeitsstempel zum „1.5.1933" zunächst bewilligt, danach aber ohne nähere Begründung mit dem Stempel „Aufnahme ungültig lt. R.L." versehen worden.

Dem Rendsburger Bürgermeister Heinrich de Haan war als augenfällige Parallele diese formelle Aufnahme in die NSDAP bereits gebilligt worden. Sie scheiterte jedoch an dem Widerstand der örtlichen NSDAP-Ortsgruppe und insbesondere seines hier offen auftretenden Berufskonkurrenten (und ebenfalls umgehenden Nachfolgers) Franz Krabbes: „1933 hatte der Reichsschatzmeister der NSDAP die Aufnahme de Haans in die Partei bereits vermerkt, mit dem Eintrittsdatum 1. Mai 1933 und der Mitgliedsnummer 2.750.521. Aufgrund des Widerstands der Rendsburger NSDAP-Ortsgruppenleitung erlangte die Mitgliedschaft jedoch ‚keine Rechtskraft', weil die Unterlagen nicht an de Haan ausgehändigt worden waren."[18]

Im Sommer 1933 vollzogen sich in Kronshagen nicht nur die sogenannte Gleichschaltung und damit Ausschaltung der Oppositionsparteien in der Gemeindevertretung, sondern in der Führung der NSDAP auch der Wechsel zu dem radikalen wie eigennützigen Ortsgruppenleiter Ludwig Peters. Dieser berief sich in seinen andauernden Konkurrenzkämpfen mit anderen Elektronik-Handwerkern am Ort auf die Unterstützung von Paul Drews (und nicht dessen Vorgesetztem Hermann Evers).[19]

Im Unterschied zu Evers konnte sich der Parteigenosse Drews ab Sommer 1933 mit einem Geschichtsvortrag vor der NSDAP-Ortsgruppe und durch deren Unterstützung in der Öffentlichkeit mit einigen prestigeträchtigen Projekten zur Errichtung eines Sportplatzes (benannt nach Adolf Hitler), der Gründung des „Winterhilfswerks" am Ort und der Initiative zum Bau einer Kirche in Kronshagen erfolgreich als Führungspersönlichkeit profilieren.[20]

Wenngleich die konsequente Ausschaltung des Amtsinhabers Evers zugunsten von Drews in Kronshagen dezenter und reibungsloser als z. B. in Rendsburg verlief, klangen die strukturellen Ähnlichkeiten in dem Verabschiedungs-Schreiben des NS-Landrats Wilhelm Hamkens an den abberufenen Bürgermeister vom 26.01.1934 den-

[17] *LASH, Abt. 460.11, Nr. 148/2034*; Erdmann 2021, S. 163.
[18] Günter Neugebauer (2018). *Gegen das Vergessen. Opfer und Täter in Rendsburgs NS-Zeit*. Rendsburg, S. 100.
[19] Erdmann 2021, S. 167.
[20] Ebd., S. 166–169.

noch an: „Zu meinem Bedauern ist es mir aber nicht möglich, Sie erneut als Leiter der Gemeinde zu berufen. Ich habe vielmehr auf Vorschlag maßgebender Persönlichkeiten aus Kronshagen Herrn Gemeindeoberinspektor Drews zu Ihrem Nachfolger bestellt.“ Prägnanter wurde 2020 in einem Gutachten für die Stadt Rendsburg über den dort 1934 ähnlich ausgeschiedenen Bürgermeister formuliert: „De Haan wurde das Opfer des Karrierestrebens eines gut vernetzten lokalen Akteurs, nicht das Opfer des nationalsozialistischen Verfolgungsapparates“.[21]

Auf Kronshagener Ebene ist das unauffällige Agieren des Profiteurs Drews von aktuellen wie auch späteren Zeitgenossen zu seinen Lebzeiten wesentlich milder beschrieben worden. Stattdessen wurde der neue Bürgermeister am 01.03.1936 zu seinem 25. Dienstjubiläum in den Kieler Neuesten Nachrichten ganz untypisch für das übliche Auftreten von NS-Führungspersönlichkeiten gelobt: „Stets bemüht, jedem mit Rat und Tat beizustehen, erfreut sich Bürgermeister Drews bei der gesamten Einwohnerschaft größter Beliebtheit. Auch sein Verhältnis zu seinen Mitarbeitern in Verwaltung und Gemeinderat kann nur als vorbildlich bezeichnet werden“.[22]

Ab April 1934 wurde die Geschäftsstelle der NSDAP in Kronshagen bezeichnenderweise in die erste Etage des Gemeindehauses verlegt, und in diesem hatte Drews in seinem umfassenden Verwaltungshandeln z. B. als örtlicher Standesbeamter die sich stetig verschärfende NS-Familien- und Rassengesetzgebung umzusetzen. So hielt er als Ortsgruppen-Amtsleiter der NS Volkswohlfahrt Kronshagen Vorträge über das Ehegesundheitsgesetz, erbgesundheitliche Voraussetzungen oder die Arbeit der Sippenämter. Dabei hatte Drews ab 1936 nach einem Geheimerlass „zur Reinerhaltung des deutschen Blutes“ Eheschließungen von Einheimischen mit Menschen „jüdischer oder anderer artfremder Rasse“ zu verhindern, den frisch getrauten Paaren in Kronshagen das übliche Exemplar von Hitlers „Mein Kampf“ zu überreichen und zuweilen die Pflegschaft über geistig gebrechliche Anwohner auszuüben.[23]

Bei umfassender „Gleichschaltung“ aller Lebensbereiche in den Friedensjahren des Dritten Reiches konnte der Bürgermeister z. B. den (kaum freiwilligen) Arbeitseinsatz von ehemaligen Wohlfahrtsempfängern für zahlreiche Bau- und Infragestrukturprojekte nutzen, von denen die Schaffung und Einweihung des Adolf-Hitler-Sportplatzes am 02.06.1935 die größte öffentliche Aufmerksamkeit weckte.

Vor dem Gemeindehaus nahm Bürgermeister Drews damals den Vorbeimarsch der verschiedenen Parteiformationen und Tausenden von Turnern ab, verlas am Sportplatz das Treue-Telegramm der Gemeinde an Adolf Hitler und hielt die Weiherede.[24] In den Kieler Neuesten Nachrichten vom 06.06.1935 erschien dazu eines der seltenen erhaltenen Fotos von Drews in SA-Uniform beim Hitler-Gruß mit der Bildunterschrift: „Die Einweihung auf dem Adolf-Hitler-Platz in Kronshagen. Bürgermeister Drews bringt nach seiner Weiherede das Sieg-Heil auf den Führer aus.“ (vgl. Abb. 2.2)

[21] Erdmann 2021, S. 169.
[22] Ebd., S. 177.
[23] Ebd., S. 166 u. 177f.
[24] Ebd., S. 173–176.

Abbildung 2.2: Aufnahme von der Einweihung des Adolf-Hitler-Sportplatzes am 02.06.1933 (Quelle: Kieler Neueste Nachrichten vom 06.06.1935).

Am Ort hatte Verwaltungschef Drews auch die politische Zuverlässigkeit von Antragstellern in Erfahrung zu bringen und für öffentliche Ordnung im Sinne des NS-Systems zu sorgen. An deren Störung und dem ersten offenen Straßenterror im beschaulichen Kronshagen war 1936 ausgerechnet der hiesige Hilfsgeistliche und spätere Gemeindepfarrer Ernst Scharrenberg beteiligt. Dieser versammelte sich zu den Reichstagswahlen im März 1936 mit dem SA-Sturm Kronshagen (mit Braunhemd, Sturmmütze und Lederriemen unter dem Kinn) vor dem bereits mit Schmähungen beschmierten Haus des Pensionärs und Zeugen Jehovas Friedrich Belz in der Kieler Straße 43, warf Fensterscheiben ein und skandierte Parolen gegen den wahlunwilligen „Volksverräter", bis dieser wie seine Frau einen Nervenzusammenbruch erlitt und durch den rückwärtigen Garten flüchtete.

Die Opfer wurden von der Ortspolizeibehörde bzw. dem Amt Kronshagen schriftlich zur Beseitigung der SA-Schmähparolen an dem Haus auf eigene Kosten verpflichtet. Nahezu zeitgleich zu der Ermordung von Belz im März 1938 im fernen KZ Sachsenhausen wohnte Bürgermeister Drews der Amtseinführung von Scharrenberg als Pastor bei und trat in der Öffentlichkeit Kronshagens bei der Einweihung von Wohnbauten wie den ELAC-Reihenhausblöcken mit den regimeüblichen Lobesreden auf Hitler in Erscheinung. 1964 sollten Paul Drews wie der weiterhin amtierende Pastor Scharrenberg und die Verwaltungsspitze mit diesem Straßenterror schriftlich durch einen überlebenden Glaubensbruder von Belz konfrontiert werden.[25]

[25] Erdmann 2021, S. 178–180.

Für die Planung des prestigeträchtigen Bauprojekts eines 185 m langen Marinelazaretts an der Kopperpahler Allee setzte Drews umstrittene Grundstücksenteignungen zulasten Einheimischer durch und verknüpfte dies mit seiner anhaltenden Protektion des hiesigen Architekten und Parteigenossen Arnold Bruhn. Dem ehrenamtlichen Bausachverständigen hatte er ohne Grundlage jahrelang die Letztentscheidung über die Ausgestaltung neuer Bauprojekte in Kronshagen zugespielt. Erst 1939 widerstand ein privater Bauherr (Hermann Andritzki, bis 1933 ein hoher SPD-Funktionär am Ort) mit Erfolg dem gemeinsamen Druck von Drews, Bruhn und dem Landesleiter der Reichskammer der Bildenden Künste.[26] Ein entsprechend drohender Brief des Bürgermeisters hat sich in den Gemeindeakten anstelle des üblichen Durchschlags mit seinem Signaturkürzel bezeichnenderweise nur als Abschrift von dritter Hand erhalten.[27]

Stärker als die örtliche Hitler-Jugend selbst trieb Drews engagiert den Bau eines HJ-Heims am Suchsdorfer Weg voran, dessen Einweihung er im Mai 1939 mit dem üblichen Lob auf Adolf Hitler und dessen Jugendförderung in der nationalsozialistischen Bewegung verband.[28] Bald nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im September 1939 trafen von der Front in Polen die ersten Todesnachrichten von aus Kronshagen stammenden Wehrmachtssoldaten ein. Dabei hatte Drews im November 1939 die heikle Aufgabe zu übernehmen, der trauernden Familie Sinjen das Angebot von der SS-Leibstandarte Adolf Hitler auszurichten, eine Rente für ihren in Polen gefallenen Sohn zu beantragen.[29] Die Ehrung von Kriegsgefallenen aus Kronshagen und ab Februar 1941 auch das Gedenken der einheimischen Bombenopfer sollte für Drews bei den Gemeinderatssitzungen zu einem wiederkehrenden Tagesordnungspunkt werden.

Von öffentlich auftretenden Personen wie Bürgermeistern dürfte damals der Dank an die Vorsehung für das Scheitern des Hitler-Attentats am 08.11.1939, das Lob für die anfänglichen Erfolge der deutschen Wehrmacht oder der bekundete Stolz auf Auszeichnungen für einheimische Frontsoldaten selbstverständlich erwartet worden sein.[30] Derartige Bekundungen stellen ausdrücklich kein sicheres Indiz für eine bedingungslose Identifikation mit der NS-Ideologie und den proklamierten Kriegszielen dar.

Insbesondere ab Mitte 1941 war Bürgermeister Drews bei einer stetig zusammenbrechenden Infrastruktur im Ort aufgrund anhaltender Zerstörungen aus der Luft und wegen des Zuzug-Drucks aus der stärker angegriffenen Kriegshafenstadt Kiel gezwungen, mit improvisierten Notmaßnahmen auf das immer größere Chaos in Kronshagen zu reagieren. Dazu zählten u. a. die Anlage von Schutzbunkern und Splitterschutzgräben, das Umfunktionieren der Kronshagener Schule zum städtischen Hilfskrankenhaus, die Ausgabe von Bezugsscheinen für verknappte Lebensmittel,

[26] Erdmann 2021, S. 184.
[27] *GAK 3-685*.
[28] Erdmann 2021, S. 187f.
[29] Ebd., S. 189f.
[30] Ebd., S. 190f. u. 197.

die Kinderlandverschickungen und vor allem die Unterbringung vieler Ausgebombter aus Kiel.

Im Ort hatte Drews zudem den Einsatz von Hunderten ausländischen Zwangsarbeitern in kriegswichtigen Firmen und Handwerksbetrieben sowie in zahlreichen Kronshagener Privathaushalten zu organisieren und berichtete in der Gemeinderatssitzung am 16.03.1942 von drei Arbeitslagern am Königstein, am Bahnhofshotel und auf dem Schützenhof-Gelände in Kopperpahl.[31]

Der Rendsburger Landrat dieser Kriegsjahre, der überzeugte Nationalsozialist und Kreisleiter Julius Peters, würdigte 1967 in einem (naturgemäß subjektiven und die eigenen Verantwortlichkeiten relativierenden) Chronik-Rückblick für den Kreis den Einsatz von Drews: „Schwierige überörtliche Aufgaben erfüllte während des Kriegs mehrfach der besonders qualifizierte Bürgermeister von Kronshagen, Paul Drews, der auch [...] bei dem großem Luftangriff auf diese Orte ungewöhnliche Leistungen erbrachte.“[32]

Von regelwidrigen Verhaftungen und Verschleppungen sogenannter Volksschädlinge oder politisch wie rassisch verfolgter Personen durch Kieler Gestapo-Beamte (oder Amtshilfe von hiesigen Polizisten dabei) dürfte der Kronshagener Verwaltungschef wenigstens im Nachhinein informiert worden sein, wozu sich allerdings keine Dokumente erhalten haben.[33] Die Einlieferung von Ortsansässigen ab Sommer 1944 in das berüchtigte „Arbeitserziehungslager“ Nordmark am Russee, das dortige Foltern von Menschen reichsdeutscher wie ausländischer Nationalität und das massenhafte Töten durch die Gestapo wie das Lagerpersonal muss Drews allerdings sicher bekannt gewesen sein. So bescheinigte er nach Kriegsende dem Überlebenden August Gombert in einem Schreiben vom 13.06.1945, „im Konzentrationslager Russee“ gefangen gewesen zu sein.[34]

Über das massenhafte Verscharren von Leichen aus dem „Arbeitserziehungslager“ zu Kriegsende in Gruben auf dem Kronshagener Friedhof Eichhof könnte der Bürgermeister indes erst nachträglich informiert worden sein, da ihn der Rendsburger Landrat Julius Peters zwischenzeitlich beauftragt hatte, ab Winter 1944 an der dänischen Westküste am militärisch sinnlosen Abwehrbollwerk „Friesenwall“ organisatorisch mitzuwirken.

Für den Tag des Einmarsches britischer Truppen in Kronshagen am 05.05.1945 wurde die Anwesenheit von Paul Drews im Gemeindehaus bei einer dramatischen Zusammenkunft von Hitler-Anhängern und -Gegnern nicht verzeichnet. Zwei der anwesenden (und drei weitere) Antifaschisten vermochte der offenbar unumstritten gebliebene Bürgermeister Drews dann im Gemeinderat an die Stelle der beiden ausgeschiedenden NSDAP-Ortsgruppenleiter Zummack und Peters zu setzen. Von neuen wie

[31] Erdmann 2021, S. 195.
[32] Julius Peters (1968). „Die nationalsozialistische Zeit: Geschichte des Kreises Rendsburg 1933 bis 1945“. In: *100 Jahre Kreis Rendsburg. Ein Rückblick 1887 bis 1967*. Hrsg. von Kreisausschuss des Kreises Rendsburg. Rendsburg, S. 50–58, hier S. 54.
[33] Erdmann 2021, S. 200f.
[34] Ebd., S. 200f.

den verbliebenen Volksvertretern bekam er auf der ersten Kronshagener Gemeinderatssitzung der Nachkriegszeit am 15.07.1945 das Vertrauen ausgesprochen.[35]

Mit diesem Votum setzte er die Amtsgeschäfte in Kronshagen im Gemeindehaus bis August 1945 unvermindert fort, stellte Bescheinigungen u. a. zur Überführung eines ukrainischen Zwangsarbeiters von einem hiesigen Betrieb in ein Lager aus, nahm Personaleinstellungen vor und hatte gewiss genügend Freiraum, sich auch um die Aktenbestände und -überlieferung in der örtlichen Registratur zu kümmern.

Erst durch die bereits erwähnte Direktive der britischen Militärregierung vom 10.07.1945 und auf ausdrückliche Anordnung des neuen demokratischen Landrats trat der Gemeinderat (nun ohne ehemalige NSDAP-Mitglieder) am 11.08.1945 mit dem Ziel und deutlichen Ergebnis zusammen, dem seit 1934 amtierenden Bürgermeister Paul Drews das Vertrauen zu entziehen.[36] Der an seiner Stelle einstimmig gewählte Nachfolger Hans Gerke (SPD) ließ sich dann auf Wunsch des Landrats von Drews in die Amtsgeschäfte einführen, bis dieser ab dem 22.08.1945 für rund ein Jahr wie vergleichbare Bürgermeister der NS-Zeit in Internierungshaft genommen wurde.

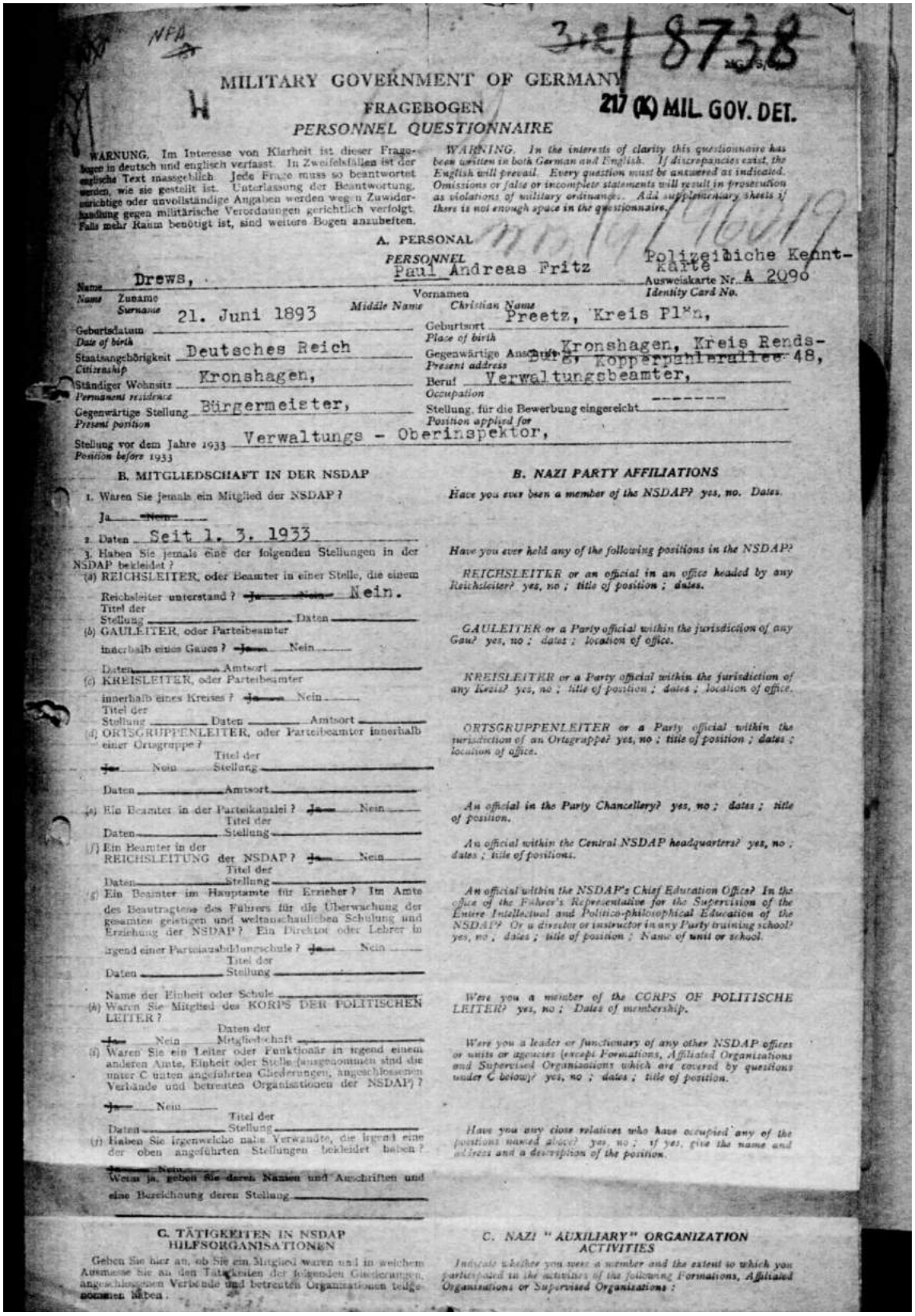
2.3 Rückzug und Entnazifizierungsverfahren 1945–1949

Laut seinen Angaben im Entnazifizierungsfragebogen vom 22.03.1947 kam Paul Drews nach seiner Abwahl als Bürgermeister von Kronshagen im August 1945 vom 22.08.1945 bis 08.07.1946 (vermutlich in das Lager Neumünster-Gadeland) in Internierungshaft. Im Folgenden werden die weiteren Lebensstationen und seine Auseinandersetzung mit NS-Vergangenheit und Gegenwart anhand dieser 95 Blatt umfassenden Akte im Landesarchiv Schleswig charakterisiert.

Dazu zählen vom 15.05.1945 ein erster Kurz-Fragebogen zur Entnazifizierung von vier Seiten (vgl. Abb. 2.3 und 2.4), in dem er sein Beitrittsdatum zur NSDAP mit dem 01.03.1933 angab und ebenso wie der Gemeindekassierer Alfred Raasch mit seiner Unterschrift bezeugte: „Die Angaben auf diesem Formular sind wahr."

Davon abweichend gab Drews in dem üblichen zwölfseitigen und am 22.03.1947 unterschriebenen Fragebogen neben Werdegang und diversen Ämtern bis 1945 unter der Frage Nummer 41 dieses Beitrittsdatum mit dem 01.05.1933 und der unbelegten Ergänzung „später von Partei auf 1.3.1933 zurückdatiert" an. Diese Selbstauskunft wurde von den britischen und deutschen Behörden in der Folgezeit nicht mehr überprüft oder hinterfragt. Dazu hatte Drews 15 Leumundszeugnisse von Kronshagenern (darunter von SA-Täter Pastor Scharrenberg und dessen Opfer Gertrud Belz) über seine politische Unbedenklichkeit beigebracht und unterschrieb auch dieses Formular (diesmal zusammen mit Gärtnereimeister Paul Ohle) unter Strafandrohung bei Verstoß gegen die Wahrhaftigkeit seiner Angaben.

[35] Erdmann 2021, S. 202f.
[36] Ebd., S. 204.



MILITARY GOVERNMENT OF GERMANY

FRAGEBOGEN

PERSONNEL QUESTIONNAIRE

217 (X) MIL. GOV. DET.

WARNUNG. Im Interesse von Klarheit ist dieser Fragebogen in deutsch und englisch verfasst. In Zweifelsfällen ist der englische Text massgeblich. Jede Frage muss so beantwortet werden, wie sie gestellt ist. Unterlassung der Beantwortung, richtige oder unvollständige Angaben werden wegen Zuwiderhandlung gegen militärische Verordnungen gerichtlich verfolgt. Falls mehr Raum benötigt ist, sind weitere Bogen anzuheften.

WARNING. In the interests of clarity this questionnaire has been written in both German and English. If discrepancies exist, the English will prevail. Every question must be answered as indicated. Omissions or false or incomplete statements will result in prosecution as violations of military ordinances. Add supplementary sheets if there is not enough space in the questionnaire.

A. PERSONAL

PERSONNEL

Name / Surname: Drews, Vornamen / Middle Name / Christian Name: Paul Andreas Fritz

Polizeiliche Kennkarte Ausweiskarte Nr. / Identity Card No.: A 2096

Geburtsdatum / Date of birth: 21. Juni 1893

Geburtsort / Place of birth: Preetz, Kreis Plön,

Staatsangehörigkeit / Citizenship: Deutsches Reich

Gegenwärtige Anschrift / Present address: Kronshagen, Kreis Rends-burg, Kopperpahlerallee 48,

Ständiger Wohnsitz / Permanent residence: Kronshagen,

Beruf / Occupation: Verwaltungsbeamter,

Gegenwärtige Stellung / Present position: Bürgermeister,

Stellung, für die Bewerbung eingereicht / Position applied for: -------

Stellung vor dem Jahre 1933 / Position before 1933: Verwaltungs - Oberinspektor,

B. MITGLIEDSCHAFT IN DER NSDAP

1. Waren Sie jemals ein Mitglied der NSDAP?

Ja ~~Nein~~

2. Daten Seit 1. 3. 1933

3. Haben Sie jemals eine der folgenden Stellungen in der NSDAP bekleidet?

(a) REICHSLEITER, oder Beamter in einer Stelle, die einem Reichsleiter unterstand? ~~Ja~~ ~~Nein~~ Nein.
Titel der Stellung _____ Daten _____

(b) GAULEITER, oder Parteibeamter innerhalb eines Gaues? ~~Ja~~ Nein
Daten _____ Amtsort _____

(c) KREISLEITER, oder Parteibeamter innerhalb eines Kreises? ~~Ja~~ Nein
Titel der Stellung _____ Daten _____ Amtsort _____

(d) ORTSGRUPPENLEITER, oder Parteibeamter innerhalb einer Ortsgruppe?
~~Ja~~ Nein Titel der Stellung _____
Daten _____ Amtsort _____

(e) Ein Beamter in der Parteikanzlei? ~~Ja~~ Nein
Daten _____ Titel der Stellung _____

(f) Ein Beamter in der REICHSLEITUNG der NSDAP? ~~Ja~~ Nein
Daten _____ Titel der Stellung _____

(g) Ein Beamter im Hauptamte für Erzieher? Im Amte des Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP? Ein Direktor oder Lehrer in irgend einer Parteiausbildungsschule? ~~Ja~~ Nein
Daten _____ Titel der Stellung _____
Name der Einheit oder Schule _____

(h) Waren Sie Mitglied des KORPS DER POLITISCHEN LEITER?
~~Ja~~ Nein Daten der Mitgliedschaft _____

(i) Waren Sie ein Leiter oder Funktionär in irgend einem anderen Amte, Einheit oder Stelle (ausgenommen sind die unter C unten angeführten Gliederungen, angeschlossenen Verbände und betreuten Organisationen der NSDAP)?
~~Ja~~ Nein
Daten _____ Titel der Stellung _____

(j) Haben Sie irgendwelche nahe Verwandte, die irgend eine der oben angeführten Stellungen bekleidet haben?
~~Ja~~ ~~Nein~~
Wenn ja, geben Sie deren Namen und Anschriften und eine Bezeichnung deren Stellung _____

B. NAZI PARTY AFFILIATIONS

Have you ever been a member of the NSDAP? yes, no. Dates.

Have you ever held any of the following positions in the NSDAP?

REICHSLEITER or an official in an office headed by any Reichsleiter? yes, no; title of position; dates.

GAULEITER or a Party official within the jurisdiction of any Gau? yes, no; dates; location of office.

KREISLEITER or a Party official within the jurisdiction of any Kreis? yes, no; title of position; dates; location of office.

ORTSGRUPPENLEITER or a Party official within the jurisdiction of an Ortsgruppe? yes, no; title of position; dates; location of office.

An official in the Party Chancellery? yes, no; dates; title of position.

An official within the Central NSDAP headquarters? yes, no; dates; title of positions.

An official within the NSDAP's Chief Education Office? In the office of the Führer's Representative for the Supervision of the Entire Intellectual and Politico-philosophical Education of the NSDAP? Or a director or instructor in any Party training school? yes, no; dates; title of position; Name of unit or school.

Were you a member of the CORPS OF POLITISCHE LEITER? yes, no; Dates of membership.

Were you a leader or functionary of any other NSDAP offices or units or agencies (except Formations, Affiliated Organizations and Supervised Organizations which are covered by questions under C below)? yes, no; dates; title of position.

Have you any close relatives who have occupied any of the positions named above? yes, no; if yes, give the name and address and a description of the position.

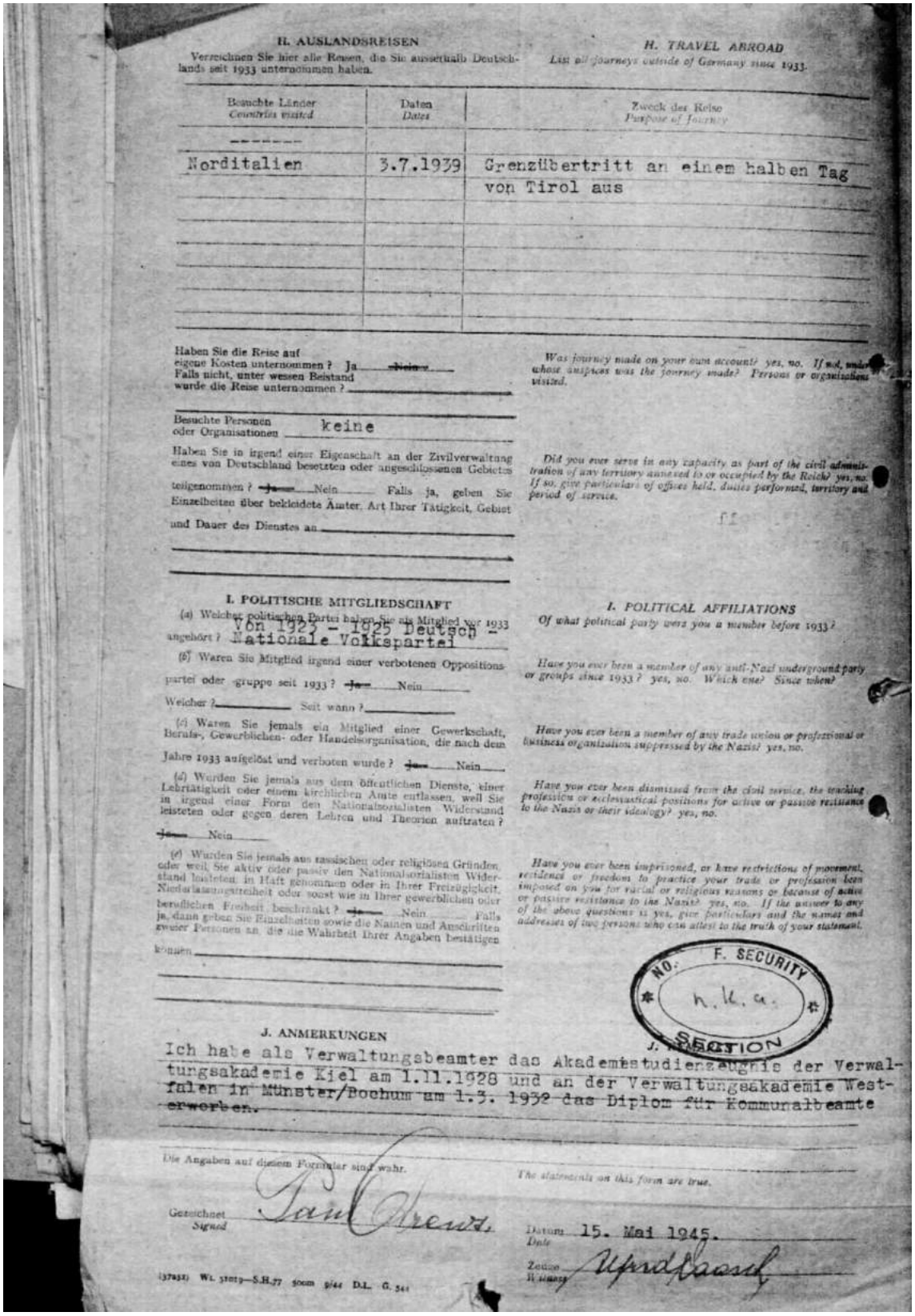
C. TÄTIGKEITEN IN NSDAP HILFSORGANISATIONEN

Geben Sie hier an, ob Sie ein Mitglied waren und in welchem Ausmasse Sie an den Tätigkeiten der folgenden Gliederungen, angeschlossenen Verbände und betreuten Organisationen teilgenommen haben.

C. NAZI "AUXILIARY" ORGANIZATION ACTIVITIES

Indicate whether you were a member and the extent to which you participated in the activities of the following Formations, Affiliated Organizations or Supervised Organizations:

Abbildung 2.3: Kurz-Fragebogen zur Entnazifizierung vom 15.05.1945, Blatt 1 (Quelle: LASH Abt. 460.11, Nr. 148/2034.).



H. AUSLANDSREISEN

Verzeichnen Sie hier alle Reisen, die Sie ausserhalb Deutschlands seit 1933 unternommen haben.

H. TRAVEL ABROAD

List all journeys outside of Germany since 1933.

Besuchte Länder / Countries visited	Daten / Dates	Zweck der Reise / Purpose of journey
Norditalien	3.7.1939	Grenzübertritt an einem halben Tag von Tirol aus

Haben Sie die Reise auf eigene Kosten unternommen? Ja ~~Nein~~ Falls nicht, unter wessen Beistand wurde die Reise unternommen?

Was journey made on your own account? yes, no. If not, under whose auspices was the journey made? Persons or organizations visited.

Besuchte Personen oder Organisationen keine

Haben Sie in irgend einer Eigenschaft an der Zivilverwaltung eines von Deutschland besetzten oder angeschlossenen Gebietes teilgenommen? ~~Ja~~ Nein Falls ja, geben Sie Einzelheiten über bekleidete Ämter, Art Ihrer Tätigkeit, Gebiet und Dauer des Dienstes an

Did you ever serve in any capacity as part of the civil administration of any territory annexed to or occupied by the Reich? yes, no. If so, give particulars of offices held, duties performed, territory and period of service.

I. POLITISCHE MITGLIEDSCHAFT

(a) Welcher politischen Partei haben Sie als Mitglied vor 1933 angehört? Von 1923 - 1925 Deutsch - Nationale Volkspartei

(b) Waren Sie Mitglied irgend einer verbotenen Oppositionspartei oder gruppe seit 1933? ~~Ja~~ Nein

Welcher? Seit wann?

(c) Waren Sie jemals ein Mitglied einer Gewerkschaft, Berufs-, Gewerblichen- oder Handelsorganisation, die nach dem Jahre 1933 aufgelöst und verboten wurde? ~~Ja~~ Nein

(d) Wurden Sie jemals aus dem öffentlichen Dienste, einer Lehrtätigkeit oder einem kirchlichen Amte entlassen, weil Sie in irgend einer Form den Nationalsozialisten Widerstand leisteten oder gegen deren Lehren und Theorien auftraten? ~~Ja~~ Nein

(e) Wurden Sie jemals aus rassischen oder religiösen Gründen, oder weil Sie aktiv oder passiv den Nationalsozialisten Widerstand leisteten, in Haft genommen oder in Ihrer Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit oder sonst wie in Ihrer gewerblichen oder beruflichen Freiheit beschränkt? ~~Ja~~ Nein Falls ja, dann geben Sie Einzelheiten sowie die Namen und Anschriften zweier Personen an, die die Wahrheit Ihrer Angaben bestätigen können

I. POLITICAL AFFILIATIONS

Of what political party were you a member before 1933?

Have you ever been a member of any anti-Nazi underground party or groups since 1933? yes, no. Which one? Since when?

Have you ever been a member of any trade union or professional or business organization suppressed by the Nazis? yes, no.

Have you ever been dismissed from the civil service, the teaching profession or ecclesiastical positions for active or passive resistance to the Nazis or their ideology? yes, no.

Have you ever been imprisoned, or have restrictions of movement, residence or freedom to practice your trade or profession been imposed on you for racial or religious reasons or because of active or passive resistance to the Nazis? yes, no. If the answer to any of the above questions is yes, give particulars and the names and addresses of two persons who can attest to the truth of your statement.

NO. F. SECURITY n.k.a. SECTION

J. ANMERKUNGEN

Ich habe als Verwaltungsbeamter das Akademiestudienzeugnis der Verwaltungsakademie Kiel am 1.11.1928 und an der Verwaltungsakademie Westfalen in Münster/Bochum am 1.3. 1932 das Diplom für Kommunalbeamte erworben.

Die Angaben auf diesem Formular sind wahr.

The statements on this form are true.

Gezeichnet Signed Paul Drews

Datum Date 15. Mai 1945.

Zeuge Witness Uphdlaasd

(37833) Wt. 37019—S.H.77 500m 9/44 D.L. G. 541

Abbildung 2.4: Kurz-Fragebogen zur Entnazifizierung vom 15.05.1945, Blatt 4 (Quelle: LASH Abt. 460.11, Nr. 148/2034.).

Aufgrund dieser Aktenlage stufte der Entnazifizierungsausschuss in Rendsburg den ehemaligen Bürgermeister zu dessen Enttäuschung am 21.07.1947 in die mittlere Kategorie III (Bewährungsgruppe der Minderbelasteten) ein, gewährte ihm (anfänglich) lediglich 50% der Pension und ließ sein Vermögen sperren.

Auf den Einspruch von Drews hin konkretisierte der Entnazifizierungs-Revisionsausschuss Rendsburg am 09.09.1947 diese Beurteilung, ihn für einen Posten im öffentlichen Dienst nur bedingt für tragbar zu erklären und ihn von leitenden Stellungen auszuschließen. Auch die britische Militärregierung stufte ihn als Aktivisten ein, weil er neben zahlreichen nominellen Mitgliedschaften in NS-Gliederungen in Kronshagen von 1933 bis 1945 als Ortsgruppenamtsleiter des (politisch bedeutungsarmen) Sozialverbandes NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt) fungiert hatte.

Im April 1948 stellte Drews einen Antrag auf Nachkategorisierung in die Rubrik IV (Mitläufer) und führte in einem ersten Schreiben vom 14.04.1948 unter anderem aus: „Es ist mir eine Genugtuung, zu wissen, dass ich auch heute noch bei allen Bevölkerungsschichten der Gemeinde wegen meiner absolut unpolitischen, gerechten und sozialen Einstellung die größte Achtung genieße.“ Neben anderen seiner Verdienste führte er an, bei seinem unfreiwilligen Ausscheiden im August 1945 die Gemeindekasse mit einem Plus übergeben zu haben.

Mit beiden Aspekten sollte allerdings ein Beschwerdeschreiben der ehemaligen und nun auswärtigen Kronshagener Landbesitzerin E. Thiessen vom 09.03.1948 an die Gemeinde korrespondieren. Darin bezichtigte sie „den früheren Bürgermeister und Großnazi“, ihre Familie ab 1937/38 mit einem „Grundbuchschwindel“ und „Betrug“ um Bauland für das geplante Marinelazarett ohne entsprechende Bezahlung geprellt zu haben: „[...] so machte es ja genau sein geliebter Führer-Kriegsverbrecher, der holte sich auch die abgetrennten Gebiete v. 1918 ohne zu fragen oder zu bezahlen, nur durch unser Kinder Blut. Wir haben diesen Hitler nicht gewählt u. auch nie seine Partei angenommen, darum machte auch dieser Großnazi-Bürgermeister solche Hetzereien gegen uns u. zahlte nichts.“[37]

Der Drews nicht gewogene Nachfolger und Gemeindedirektor Hans Gerke hatte der nun bei Lensahn lebenden Antragstellerin am 17.03.1948 allerdings zu erwidern, dass die fragliche Entscheidung seines Vorgängers vom 08.05.1940 nicht korrigiert werden könne. Drews hingegen legte in seinem ergänzenden Schreiben vom 30.04.1948 an den öffentlichen Kläger beim Hauptausschuss des Kreises Rendsburg (ohne zeitliche Konkretisierung) seine angebliche Motivation dar, sich den Nationalsozialisten angeschlossen zu haben:

„Ich bin im Jahre 1933 im guten Glauben der NSDAP beigetreten. Infolge meines unmittelbaren Kontaktes mit den weitesten Kreisen der Einwohnerschaft und insbesondere auch mit den minderbemittelten Bevölkerungsschichten sah ich deren Notlage, die fast ausschließlich durch die katastrophale Erwerbslosigkeit der damaligen Zeit bedingt war. Die programmatische Zusicherungen der NSDAP, für Arbeit und Brot zu sorgen, waren nun der Grund meines Beitritts. Ich habe derzeit leider die weiteren

[37] *GAK 4-21b*.

politischen, den Weltfrieden und die Menschlichkeit untergrabenden Ziele der Partei und die verwerfliche Mentalität ihrer Führung nicht erkannt."

Dieser Rechtfertigungsversuch von Drews mit dem Ziel einer Besserstellung rief nun dessen Nachfolger Gerke auf den Plan, der am 31.05.1948 an das gleiche Gremium ein vierseitiges Schreiben mit sieben Aspekten sandte, die Drews belasten sollten. Aus Mangel an erhaltenem aussagekräftigem Aktenmaterial oder weil Gerke seine Behauptung, die vorgelegten 16 Leumundszeugnisse seien teils von Drews selbst getippt worden, nicht belegen konnte, blieben seine Kritikpunkte aber wirkungslos.

Mit der neuen Einstufung vom 07.09.1948 in die Kategorie IV (Mitläufer) ohne Beschränkungen und bei voller Pension gab Drews sich allerdings nicht auf Dauer zufrieden, zumal die Verfahren mittlerweile von den britischen auf die deutschen Behörden übertragen und die Maßstäbe immer weniger konsequent angewandt wurden. So stellte er am 19.05.1949 mit sechs weiteren Leumundszeugnissen an den Entnazifizierungs-Hauptausschuss in Rendsburg den Antrag (vgl. Abb. 2.5): „Da ich die erstmalige Einstufung in III zu hart finde, bitte ich um nochmalige Überprüfung."

Mit dem Vorsitzendem Adolf Boldt und dem Beisitzer Franz Piechozki (bis 1933 als führender SPD-Funktionär von Kopperpahl-Kronshagen mit den örtlichen Verhältnissen vertraut) erklärte dieses Gremium am 30.05.1949 nun seine Umstufung in Kategorie IV (Mitläufer) und gleichzeitig automatisiert in V (Entlastete), da Drews nicht als Nationalsozialist hervorgetreten sei und den NS nur unerheblich unterstützt habe.

Diese Abmilderung genügte Drews jedoch nicht, und er begehrte am 27.06.1949, seine anfängliche Einstufung von 1947 in der Bewährungsgruppe der Minderbelasteten nachträglich aufzuheben und ihn gleich in der Kategorie V (Entlastete) zu führen. In seiner Berufungsbegründung vom 08.07.1949 (vgl. Abb. 2.5) führte er eine parteiferne Verwaltungsführung in der NS-Zeit, viele Infrastrukturprojekte in seiner Amtszeit bis 1945 und seine anhaltende Beliebtheit bei allen Bevölkerungskreisen in Kronshagen an. Zu dieser könne er (in zeittypischer Argumentation) noch Hunderte von Leumundszeugnissen beibringen: „Wie so viele andere Einwohner bin auch ich nur dem Namen nach Mitglied der NSDAP gewesen."

Daraufhin lud der öffentliche Kläger des Kreises Rendsburg zu einer entsprechenden Berufungsverhandlung aus Kronshagen die Zeugen Gemeindedirektor Gerke, den vormaligen Bürgermeister Evers und den Verwaltungsangestellten Walter Müller vor. Drei Tage vor dem vorgesehenen Termin am 14.10.1949 und der absehbaren Konfrontation mit diesen Zeitzeugen zog Paul Drews seinen letzten Revisionsantrag zurück und brachte sein Entnazifizierungsverfahren somit zum Abschluss.[38]

[38] *LASH, Abt. 460.11, Nr. 148/2034*.

Paul D r e w s .

Kronshagen, den 8. Juli 1949.
Kopperpahler - Allee 48.

Entn.-Ausschuß
Eing.: 14.7.44

An
den Entnazifizierungs - Hauptausschuß
für den Kreis Rendsburg
R e n d s b u r g .

Betr. Begründung zu meiner Berufung vom 27. Juni d. Js.
Bezug : Einreihungsbescheid vom 2. Juni 1949,
Aktenzeichen K 99/48.

In der Sitzung des Entnazifizierungs - Hauptausschusses für den Kreis Rendsburg am 30. Mai 1949 wurde ich als Mitläufer in Kategorie IV eingereiht und gemäß § 12 des Gesetzes zur Fortführung und zum Abschluß der Entnazifizierung im Lande Schleswig-Holstein vom 10. 2. 1948 erfolgte meine sofortige Umstufung in Kategorie V. Diese Entscheidung ist mir am 4. Juni d. Js. zugestellt. Unterm 27. Juni d. Js. habe ich gegen den Spruch Berufung eingelegt und diese persönlich am 30. Juni bei der Landkreisverwaltung Rendsburg abgegeben.

Wie bereits in meinem Berufungsschreiben dargelegt, beantrage ich :

den Spruch des Entnazifizierungs - Hauptausschusses aufzuheben und mich in Kategorie V (Entlastete) einzureihen.

Begründung.

Zum 1. Mai 1933 trat ich in die NSDAP ein und erhielt die Mitgliedsnummer 1.502.582 . Dieses Eintrittsdatum ist später von der Partei ohne mein Zutun auf den 1. 3. 1933 zurückdatiert.

Seit 1911 war ich in der Gemeindeverwaltung Kronshagen tätig und zwar bis 1920 als Sekretär, dann bis 1928 als Obersekretär und von 1928 bis 31. 1. 1934 als Oberinspektor. Am 1. 2. 1934 erfolgte meine Berufung zum Gemeindevorsteher bezw. Bürgermeister. Dieses Amt bekleidete ich bis zum 20. 8. 1945.

Während dieser langjährigen Tätigkeit im Kronshagener Kommunaldienst hatte ich stets unmittelbaren Kontakt mit den weitesten Kreisen der Einwohnerschaft und insbesondere mit den minder

bemittelten

Abbildung 2.5: Erste Seite des Schreibens von Paul Drews an den Entnazifizierungs-Hauptausschuss für den Kreis Rendsburg vom 8. Juli 1949 (Quelle: LASH Abt. 460.11 Nr. 148/2023).

2.4 Zweite Karriere als Bürgermeister 1950–1961

Die Einstufung als „Entlasteter" in seinem Entnazifizierungsverfahren kam für Paul Drews zum Jahresende 1949 gelegen und ähnlich wie 1933 sollte er von einer anderen kommunalpolitischen Umbruchsituation in Kronshagen profitieren.

Sein Amtsnachfolger Hans Gerke (SPD) hatte nicht nur erfolglos mit untauglichen Mitteln Drews' Rehabilitierung zu verhindern versucht, sondern seit 1945 mit einer jahrelangen Willkürherrschaft und dem Missbrauch seiner Befugnisse als Verwaltungschef im Ort nachhaltig Widerstände und Proteste bis hin zu Rechtsverfahren hervorgerufen. Seine Anordnungen zu Wohnungsunterbringungen und -verweisen, Haussuchungen, kaum nachvollziehbaren Verboten, der fehlenden Organisation von (teils angebotenen) lebensnotwendigen Gütern wie Brennmaterial und Lebensmitteln, von Beschlagnahmungen und andere Benachteiligungen (z. B. durch fahrlässige Falschauskünfte seiner Behörde) waren vielfach umstritten. Sie gingen erkennbar mit Gerkes Mängeln in der Dienstaufsicht und Begünstigung mancher seiner Vertrauten unter den Gemeindemitarbeitern einher.

Diese Amtsführung seit 1945 macht im Vergleich zu dem vorherigen Wirken von Drews in der NS-Zeit dessen nachhaltige Popularität in der Gemeinde und den vermehrten Wunsch nach seiner Rückkehr als Bürgermeister nachvollziehbar. Zudem wirkten sich Gerkes Handlungen und Unterlassungen (mittlerweile in der Position des Gemeindedirektors von Kronshagen) nicht nur für ehemals aktive Nationalsozialisten am Ort nachteilig aus.[39]

Auch ausgewiesene und anerkannte Opfer des NS-Regimes in Kronshagen hatten unter Gerkes (teils bewusst wirkendem) Missmanagement bei der Beschaffung und Verteilung von Wohnraum, Brennmaterial oder Lebensmitteln zu leiden, was sie laut ihrer Wiedergutmachungsakten bis 1949 häufig und vergeblich bei den zuständigen Stellen in der Kreisstadt Rendsburg monierten.[40]

Das fragwürdige Agieren von Gerke als Verwaltungschef wurde im November 1949 presseöffentlich noch bekannter, als er bei einem Skandalprozess um den örtlichen Polizeimeister Paul Jäger vom Richter befragt wurde und einen desaströsen Eindruck von seiner Amtsführung und Person hinterließ. In den Kieler Nachrichten vom 09.11.1949 wurde darüber unter der Überschrift berichtet: „Seltsames aus der Kronshagener Verwaltungspraxis. Der Gemeindedirektor als Zeuge [...] und der Zuhörerraum lacht." Die CDU-Fraktion stellte sechs Tage später in der Gemeindevertretung gegen den öffentlichen Widerstand der SPD-Vertreter den Antrag, Gerke als Gemeindedirektor das Misstrauen auszusprechen, was dann mit acht gegen fünf Stimmen tatsächlich erfolgte.[41]

[39] S. beispielhaft die Akten zu den Streitsachen Erich Dürkop und Hans Peemöller mit der Gemeinde, GAK 4-1015 und 4-1018.
[40] Erdmann 2021, S. 204.
[41] Kieler Nachrichten vom 17.11.1949 und Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 15.11.1949, Blatt 424, GAK 4-5141.

Daraufhin wurde Anfang 1950 eine Neubesetzung der hauptamtlichen Leitung der Verwaltung in Kronshagen erforderlich, für die Drews von der CDU-Fraktion vorgeschlagen wurde. Auf der außerordentlichen Gemeindevertretersitzung am 28.04.1950 erhielt der Bewerber Hans Gerke 4 Stimmen, wohingegen Paul Drews mit 8 Stimmen zum neuen Bürgermeister der Gemeinde gewählt wurde. Als Zeichen ihres Protestes gegen diesen Amtsinhaber aus NS-Jahren verzichteten die SPD-Gemeinderäte erklärtermaßen darauf, einen Kandidaten für dessen Stellvertretung zu nominieren und blieben am 05.05.1950 unentschuldigt seiner Vereidigung fern, auf der Drews von Bürgervorsteher Enno Rust durch Handschlag auf eine gewissenhafte und unparteiische Amtsführung verpflichtet wurde.[42]

Tags zuvor hatte Gerke mit den Amtsgeschäften auch das Inventar im Gemeindehaus (inklusive einer Reihe von geheimen Verwaltungsakten und eine Zahlkartei mit 520 Namen der NSDAP-Ortsgruppe Kronshagen) an Drews zu übergeben und dies mit seiner Unterschrift zu quittieren.[43]

Ein Jahr später trat die Gemeindevertretung vor den Kommunalwahlen 1951 zum letzten Mal in der alten Zusammensetzung zusammen und zog in der Sitzung am 10.04.1951 unter dem nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkt 6 eine Bilanz. In dieser gab der SPD-Fraktionsvorsitzende Willi Baumann eine gründlich geänderte Haltung zur Person und Arbeit von Drews bekannt:

> „Er sprach dem Bürgermeister Drews ebenfalls seinen Dank für die bisher zum Wohle der Gemeinde geleistete Arbeit aus. Seine Fraktion habe sich seinerzeit gegen die Wahl von Herrn Drews als Bürgermeister der Gemeinde Kronshagen ausgesprochen, habe aber in der Zwischenzeit jedoch feststellen müssen, dass die Gemeinde unter Leitung der Verwaltung durch Bürgermeister Drews wieder die Stelle eingenommen habe, die ihr als Gemeinde in der Nähe der Großstadt gebühre und die sich sehen lassen könne. Herr Drews verwalte sein Amt in durchaus sachlicher und gerechter Weise“.[44]

Diese Anerkennung von Seiten der sozialdemokratischen Gemeinderäte wiederholte Baumann zum Ende der nächsten Wahlperiode am 05.04.1955 nun im öffentlichen Tagesordnungspunkt 1d: „Anschließend dankt Herr Baumann im Namen seiner Fraktion dem Bürgervorsteher Rust für seine neutrale und objektive Arbeit in der Vertretung und spricht ihm das Vertrauen der SPD aus und insbesondere auch Bürgermeister Drews als dem ‚Dynamo‘ der Aufbauarbeit in der Gemeinde für die gute Zusammenarbeit in den verflossenen Jahren.“[45]

Im Folgejahr war die Stellung des Bürgermeisters Paul Drews so unangefochten und die Anerkennung für seine Arbeit als Verwaltungschef so unstrittig, dass nun alle Gemeinderäte auf eine Ausschreibung der Position und das Prozedere einer Wahl verzichteten, wie im Protokoll der Gemeindevertretung vom 08.02.1956 unter dem

[42] *GAK 4-258*; *GAK 4-5190*.
[43] *GAK 4-258*.
[44] *GAK 4-5190*.
[45] *GAK 4-5192*.

öffentlichen Tagesordnungspunkt 2 verzeichnet wurde: „Dem Vorschlag des Bürgervorstehers entsprechend, erfolgte die Wahl durch Zuruf, da Widerspruch hiergegen nicht erhoben wurde. Auf Vorschlag des Hauptausschusses wurde daraufhin Bürgermeister Drews auf Grund des § 3 Abs. 2 der Hauptsatzung der Gemeinde Kronshagen auf die Dauer von acht Jahren einstimmig wieder gewählt."[46]

In der stetig wachsenden Gemeinde gehörten auch in diesen Jahren die Schaffung von Wohnraum und der Ausbau der Infrastruktur zu den andauernden Aufgaben von Drews. Als Besonderheiten waren in den Aufzeichnungen der Gemeindeversammlungen 1956 die Verhandlungen über Eingemeindungsbestrebungen mit dem Suchsdorfer Bürgermeister oder 1958 die Protokollierung der Exhumierungen von „368 Stück" ausländischer Kriegstoter auf dem Eichhof-Friedhof zu verzeichnen: „Darin ist der Pole aus dem Einzelgrab enthalten."[47]

An den Landrat in Rendsburg sandte Drews am 07.12.1959 schließlich eine imponierende sechsseitige Bilanz seiner Arbeit als Bürgermeister für Kronshagen ab 1950.[48] Für seine umfassenden Verdienste in den Nachkriegsjahren war bereits 1956 von privater Seite die Benennung einer „Paul Drews-Straße" angeregt worden, deren Behandlung im Gemeinderat am 15.01.1957 aber einstweilen zurückgestellt wurde.[49]

Aufgeschlossener zeigte sich der Betreffende anlässlich seines bevorstehenden 50-jährigen Dienstjubiläums, als der mit ihm befreundete SPD-Gemeinderat Ludwig Flick senior in ausdrücklicher Abwesenheit von Drews in der Sitzung am 07.02.1961 vorschlug, die neue Straße auf dem Gelände der Frank-Heimbau an der Kieler Straße mit „Bürgermeister Drews-Straße" zu benennen. Dies solle am Tage des Ausscheidens aus seinem Amt nach Erreichen der Altersgrenze vollzogen werden, zumal das Antragsverfahren für das Bundesverdienstkreuz sehr langwierig sei.[50]

Die Benennung der Straße mit der Amtsbezeichnung anstelle des Vornamens fand das Einverständnis des zu Ehrenden, und daher wurde die künftige „Bürgermeister Drews-Straße" (vgl. Abb. 2.6) im öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung am 04.05.1961 einstimmig ohne Widerspruch beschlossen.[51] Zu der Verabschiedung von Drews und der Vielzahl seiner Verdienste für Kronshagen wurde im Protokoll der Gemeinderatsversammlung vom 30.06.1961 schließlich summierend festgehalten:

„Bürgervorsteher Rust [...] erklärt u. a., die Gemeindevertretung habe sich eingefunden, um von Herrn Drews Abschied zu nehmen, da er nach den gesetzlichen Bestimmungen in den Ruhestand treten müsse. Seit dem 1. März 1911 stehe er im Dienst der Gemeinde Kronshagen. Mit dem Wachsen der Gemeinde habe auch die Bevölkerungszahl sehr stark zugenommen. Trotz allem habe er aber immer ein offenes Wort

[46] *GAK 4-5193*.
[47] GAK 4-5193 mit Protokoll vom 16.10.1956 sowie vom 06.05.1958, GAK 4-1055.
[48] *GAK 4-225*.
[49] *GAK 4-5193*.
[50] *GAK 4-5194*.
[51] *GAK 4-5200*.

Abbildung 2.6: Schild der nach Paul Drews in Kronshagen benannten Straße (Quelle: Ulrich Erdmann; aufgenommen am 14.09.2023).

für alle gehabt. Weiter weist er auf die größeren Vorhaben der letzten Jahre, wie zum Beispiel Bau der Mittelschule, des Rentnerwohnheims, der Turnhalle und der Kanalisation, hin. Er erinnert auch an die stets gute Zusammenarbeit zwischen der Gemeindevertretung und Herrn Drews. In Anerkennung seiner Verdienste um das Wohl der Gemeinde verleiht Bürgervorsteher Rust Herrn Drews sodann namens der Gemeindevertretung das Ehrenbürgerrecht. Er verliest den Ehrenbürgerbrief und händigt ihn Herrn Drews aus. Anschließend wünscht er ihm und seiner Gattin einen geruhsamen Lebensabend."[52]

Den Dank im Namen des Personalrats sprach danach Kassierer Albert Raasch aus, der dem nun ausscheidenden Bürgermeister schon am 15.05.1945 auf dem ersten Entnazifizierungs-Fragebogen das korrekte Datum seines wohl letzten Parteibeitritts bezeugt hatte. Schließlich war Drews in einem Telefonverzeichnis der Gemeinde Kronshagen von 1955 mit dem Vermerk „ohne Partei" aufgeführt worden.[53]

2.5 Nachklänge bis 1972

Von der Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen in Kronshagen dürfte Drews im Februar 1964 eingeholt worden sein, als sich der Kieler Zeuge Jehovas Max Retta mit zwei anklagenden Schreiben „Schreckenstragödie in der Kielerstr. Kronshagen" und „Die Folgen von: Führer befiehl, wir folgen!" an die Gemeindeverwaltung wandte. Diese Schreiben waren ausdrücklich mit an den „damals amtierende[n] Bürgermeister" adressiert und prangerten den SA-Straßenterror von 1936 gegen das spätere KZ-Todesopfer Friedrich Belz und das im Ort fortgesetzte Wirken des daran beteiligten Pastors Scharrenberg an. Ob und wie Drews damit inhaltlich noch befasst war, ist an den wenigen erhaltenen Akten des 1964 bürokratisch-formalistisch gehandhabten Behördenverfahrens nicht abzulesen.[54]

Wenngleich Retta nicht, wie angekündigt, die Presse einschaltete, sondern sich mit der (letztlich ergebnislosen) Befassung von Landrat und Staatsanwaltschaft zufrieden gab, verdeutlichte diese Episode für Drews gewiss prinzipielle Probleme für seinen öffentlich bekannten Plan, eine eigene Ortschronik zu verfassen. Parallel dazu hatte der Kreis Rendsburg ab 1966 für seine Jubiläumsfestschrift ausgerechnet seinem ehemaligen Landrat Julius Peter die Deutungshoheit eingeräumt, das eigene Wirken in der NS-Herrschaft darzustellen, der sich in Personalunion als Partei-Kreisleiter in hohem Maß an Verbrechen schuldig gemacht hatte, „sei es als ausführendes Organ oder als Mitwisser".[55]

Der pensionierte Bürgermeister Drews hatte zahlreiche (offenkundig verschollene) Notizen zur Geschichte des Ortes angefertigt und übergab daraus 1965 eine lange Liste zu Bränden und Bombenabwürfen im Zweiten Weltkrieg dem späteren Kronsha-

[52] *GAK 4-5200*.
[53] *LASH, Abt. 460.11, Nr. 148/2034*; *GAK 4-225*.
[54] *GAK 4-5131*.
[55] Lukas Grawe (2017). „Die Landräte der Kreise Rendsburg und Eckernförde während des Nationalsozialismus". In: *Demokratische Geschichte* 16, H. 2, S. 90–109, hier S. 78 u. 83.

gener Feuerwehrchronisten Karl-Heinz Mücke. Allerdings schloss der Kronshagener Ehrenbürger Drews sein geplantes „Lebenswerk in Buchform“, wie es am 28.03.1972 in dem Nachruf der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung auf ihn hieß, nicht mehr ab. Stattdessen beschränkte Drews sich im Unterschied zu dem ehemaligen Landrat des Kreises für die Jubiläumschronik von Kronshagen 1971 auf einen politisch-historisch unproblematischen Beitrag mit dem Titel „Straßennamen in unserer Gemeinde“ und führte darin aus:

> „Die Bürgermeister-Drews-Straße ist benannt nach dem langjährigen Bürgermeister Paul Drews, geboren am 21. Juni 1893 in Preetz. Er war Bürgermeister in Kronshagen von 1934 bis 1945 und von 1950 bis 1961. In seiner Amtszeit stieg die Einwohnerzahl Kronshagen von 2.468 auf 10.209. In Anerkennung seiner Leistungen für die Gemeinde wurde er von der Gemeindevertretung einstimmig zum Ehrenbürger erklärt.“[56]

In diesem Gesamtkomplex zur Person von Paul Drews dürfte das vorliegende Gutachten einige ergänzende Informationen und Anregungen bieten (Darstellung der Bürgermeister-Drews-Straße vgl. Abb. 2.7).

Abbildung 2.7: Schild zur „Bürgermeister Drews-Straße“ in Kronshagen (Quelle: Ulrich Erdmann; aufgenommen am 14.09.2023).

[56] Paul Drews (1971). „Straßennamen in unserer Gemeinde“. In: *Kronshagen. Beginn – Entwicklung – Gegenwart*. Hrsg. von Gemeinde Kronshagen. Kiel, S. 46–50, hier S. 47.

3. Straßenumbenennungen aufgrund von NS-Belastung in Deutschland: Eine kurz gefasste vergleichende Zusammenstellung

In der jüngeren Vergangenheit ist in verschiedenen Städten in Deutschland über die Frage, wie mit Straßennamen umzugehen ist, die nach NS-Belasteten benannt sind, zum Teil in heftiger Weise diskutiert worden. In Kiel erinnert man sich in diesem Zusammenhang an die lebhaften Debatten einerseits um die Benennung des „Hindenburgufers", andererseits um das im Kieler Rathaus aufgehängte offizielle Porträt des ehemaligen Stadtpräsidenten Wilhelm Sievers.[57] Besonders die Verfahrensweisen und Entscheidungen, die diesbezüglich vor nicht allzu langer Zeit in Freiburg und Hamburg beschlossen und realisiert wurden, können künftigen Diskussionsfällen als eine wertvolle wie hilfreiche Richtschnur und Handlungsanleitung dienen. Auch andere Städte haben sich intensiv und weiterführend mit der Frage von nicht unproblematischen Straßenbenennungen befasst, so z. B. Düsseldorf,[58] Kaufbeuren,[59] Berlin,[60]

[57] Esther Geisslinger (2014). *Hindenburg wird abgeschafft*. URL: https://taz.de/Kieler-Uferpromenade-wird-umbenannt/!5050536 (besucht am 26. 10. 2023); Oliver Auge (2017). *Kiel in der Geschichte. Facetten einer Stadtbiografie*. (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 86). Kiel/Hamburg, S. 198.

[58] *Abschlussbericht des Beirats zur Überprüfung Düsseldorfer Straßen- und Platzbenennungen* (2023). URL: https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt13/presseanhang/2001/200123Abschlussbericht_Strassennamen.pdf (besucht am 26. 10. 2023).

[59] Rouven Janneck (2020). *Hans Seibold, Josef Fischer und Josef Kristaller. Städtische Verwaltung, Berufsschule und Gemeinde im Nationalsozialismus. Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag der Stadt Kaufbeuren*. URL: https://www.kaufbeuren.de/PortalData/17/Resources/kultur/pdf/Strassenumbenennungen_-_Gutachten_Institut_fuer_Zeitgeschichte.pdf (besucht am 26. 10. 2023).

[60] Felix Sassmannshausen (2021). *Dossier: Straßen- und Platznamen mit antisemitischen Bezügen in Berlin*. URL: https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/ansprechpartner-fuer-antisemitismus/oeffentlichkeitsarbeit-1292237.php#headline_1_3 (besucht am 26. 10. 2023).

Münster[61] oder Mainz.[62] Aus Platzgründen kann an dieser Stelle freilich nur summarisch auf das mittlerweile breite Portfolio solcher wichtiger Gutachten zu Straßenbenennungen verwiesen werden; eine angemessene Würdigung kann an dieser Stelle indes nicht erfolgen. Auf Freiburg und Hamburg sei ihrer Leuchtturmfunktion wegen jedoch genauer verwiesen.

3.1 Freiburg

Im November 2012 beschloss der Freiburger Gemeinderat eine wissenschaftliche Überprüfung aller ca. 1.300 Freiburger Straßennamen und die Ausarbeitung entsprechender Kriterien durch den Kulturausschuss.[63] Der Historiker Volker Ilgen bildete mit dem ihm zur Seite gestellten Beirat, bestehend aus Vertretern der Geschichtswissenschaft, des Archivwesens, der Soziologie und der Politologie, eine Kommission in beratender und empfehlender Kompetenz. Als Kriterien wurden „Verfolgung von Minderheiten, Bezüge zu Diktatur, Militarismus, Nationalismus, Chauvinismus, Kolonialismus und Antisemitismus“ festgelegt, wobei heutige Moral- und Rechtsvorstellungen nicht als ‚alleingültiger Maßstab der Bewertung‘ fungierten, sondern stets der Einzelfall auch im jeweiligen historischen Kontext begriffen werden sollte. Die Kommission in Freiburg stellte dabei in zweierlei Hinsicht einen Sonderfall dar: Einerseits erfolgte keine alleinige Konzentration auf die NS-Zeit, sondern alle Namen wurden untersucht; andererseits wurde der „historischen Argumentation“ eindeutig Vorrang eingeräumt. Zunächst wurden innerhalb der Kommission insgesamt 60 problematische Fälle ausgemacht, die mit einer Liste aller Benennungen im Zeitraum 1933–1945 sowie allen Rückbenennungen durch die französischen Behörden im Juni 1945 abgeglichen wurden. Als Kriterien zur Überprüfung wurden festgelegt:

- Aktive Förderung des Nationalsozialismus bzw. des NS-Unrechtstaates von führender Position aus
- Aggressiver Antisemitismus bei solchen Personen, die Multiplikatoren darstellten und über entsprechenden Einfluss verfügten
- Extremer Rassismus in Theorie und/oder Praxis
- Militarismus in Form der Glorifizierung des Ersten Weltkrieges (Dolchstoßlegende)
- Extreme, unzeitgemäße Frauenfeindlichkeit[64]

[61] Stadt Münster (2012). *Umgang mit strittigen Straßennamen*. URL: https://www.muenster.de/stadt/strassennamen/umgang-mit-strittigen-strassennamen.html (besucht am 26. 10. 2023).

[62] Landeshauptstadt Mainz (2016). *Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Historische Straßennamen“*. URL: https://www.mainz.de/medien/internet/downloads/kulturabteilung/Abschlussbericht-AG-Historische-Strassennamen.pdf (besucht am 26. 10. 2023).

[63] Vgl. zum Folgenden Kommission zur Überprüfung der Freiburger Straßennamen (2023). *Abschlussbericht der Kommission zur Überprüfung der Freiburger Straßennamen*. URL: https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E1625727966/1028363/Strassennamen_Abschlussbericht.pdf (besucht am 26. 10. 2023).

[64] Ebd., hier S. 6.

Daraus folgend ergaben sich die Kategorien „A= schwer belastet, nicht haltbar", „B= diskussionswürdig, teilweise belastet, Abwägen" und „C= unbelastet", wobei letztere im November 2014 in „C1-Namen, die heutzutage nicht mehr vergeben würden und C2 auch für heutige Vorstellungen akzeptable Bezeichnungen" aufgegliedert wurde. Für zwölf Straßen wurde die Umbenennung empfohlen. Die Straßen unter Kategorie B sollten mit weiteren Erklärungen, sowohl als kurze Erläuterungen auf dem Straßenschild als auch durch mittels Smartphone abrufbare Texte, kontextualisiert werden. Schließlich sollte die Umbenennung selbst im Sinn einer angemessenen Auseinandersetzung der Stadt mit ihrer Vergangenheit transparent gemacht werden. In den im Anhang aufgeführten Ergebnissen der Überprüfung der jeweiligen Straße wurden zudem für die als nicht haltbar geltenden Namen konkrete Alternativvorschläge für eine neue Benennung gemacht. Seit Vorlage des Berichts im Jahr 2016 wurde den Handlungsempfehlungen der Kommission entsprochen. Die Umbenennungen und Ergänzungen um Erläuterungsschilder werden auch auf der Webseite der Stadt thematisiert.[65]

3.2 Hamburg

2017 beauftragte das Hamburger Staatsarchiv den Historiker David Templin damit, eine „Wissenschaftliche Untersuchung zur NS-Belastung von Straßennamen" anzufertigen.[66] In dieser Studie, die im Januar 2020 publiziert wurde, schlug Templin eine Typologie vor, die helfen sollte, problematische Einzelfälle miteinander zu vergleichen. Die Entwicklung dieser Typologie fand unter Berücksichtigung bisheriger Kategorisierungsversuche statt, wobei wertvolle Anregungen der Studie von Uwe Danker und Sebastian Lehmann-Himmel zur NS-Belastung schleswig-holsteinischer Landtagsabgeordneter nach 1945 entnommen wurden.[67] Nach generellen Bemerkungen zum Auswahlsample der infrage kommenden 58 Personen sowie zur extrem unterschiedlich ausgeprägten Quellenlage, erfolgte in dem Gutachten die Entwicklung von Kriterien, die explizit nicht als präzise Definitionsmerkmale zu verstehen sind, sondern auf „unterßchiedliche Formen positiver Bezugnahme auf das NS-Regime durch die nationalsozialistische Ideologie verweisen". Diese Kriterien, die nicht gleichgewichtig zu bewerten und teils nur schwer operationalisierbar sind, lauten, wie folgt:

- Mitgliedschaft in NS-Organisationen
- Übernahme von Ämtern bzw. der politische „Aktivismus"

[65] Stadt Freiburg im Breisgau (2023). *Auflistung zum Umgang mit von der Kommission geprüften Freiburger Straßennamen*. URL: https://www.freiburg.de/pb/1309907.html (besucht am 26. 10. 2023).

[66] Vgl. zum Folgenden David Templin (2017). *Wissenschaftliche Untersuchung zur NS-Belastung von Straßennamen. Abschlussbericht, erstellt im Auftrag des Staatsarchivs Hamburg*. URL: https://www.hamburg.de/contentblob/13462796/1d4b36cbfb9adc7fca682e5662f5854d/data/templin-abschlussbericht-ns-belastete-strassennamen.pdf (besucht am 26. 10. 2023).

[67] Uwe Danker und Sebastian Lehmann-Himmel (2017). *Landespolitik mit Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive nach 1945. Durchgeführt im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtages*. Husum.

- die öffentliche Unterstützung bzw. das öffentliche Bekenntnis zum Regime
- die Artikulation nationalsozialistischer Ideologie bzw. ihrer Kernelemente (insb. Antisemitismus)
- die Erlangung materieller Vorteile durch ein positives Verhältnis zum NS-Regime
- die bewusste Schädigung von Personen im Kontext nationalsozialistischer Herrschaftsverhältnisse sowie damit verbundener Formen von Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung[68]

Genannt wurden außerdem zwei Kriterien, die möglicherweise als entlastend gelten können, nämlich einmal die Unterstützung für Personen, die vom Regime bedroht, geschädigt oder verfolgt wurden und zum anderen eine selbst erlittene Schädigung oder Verfolgung. Basierend auf den Kriterien entwickelte Templin sieben Kategorien, wobei er sich der Frage nach der Nähe zum NS-Regime vor dem Hintergrund der objektiv feststellbaren gesellschaftlichen Praxis näherte und nicht nach einer möglichen inneren Einstellung fragte, da entsprechende belastbare Ego-Dokumente nur in seltenen Fällen vorliegen. Die Zuordnung enthalte, so Templins Ausführungen, Überschneidungen, die Grenzziehung zwischen den Kategorien bleibe bis zu einem gewissen Grad willkürlich, da solche Typenbildungen vereinfachende Schemata darstellten, die die gesellschaftliche Realität nur unzureichend erfassen und den jeweiligen Biographien nie vollständig gerecht werden können. Die von ihm vorgelegte Typologie verstehe sich ausdrücklich nur als Instrument, auf dessen Basis – und ggf. mit erneuter Überprüfung – Einzelfälle von politischen Entscheidungsträgern verglichen und bewertet werden können. Die Typen sind in Tabelle 3.1 abgebildet.[69]

Die meisten der untersuchten Hamburger Personen wurden unter Typ 3 und Typ 6 subsumiert. Der zweite Teil seines Gutachtens beinhaltet die Kurzbiographien der jeweiligen Individuen, bestehend zunächst aus kurzen Hinweisen zu Lebensdaten, Tätigkeit und dem Straßennamen sowie einer Jahresangabe zur Benennung der Straße. Die Kurzbiographie teilt sich in die Abschnitte „vor 1933“, „Rolle im Nationalsozialismus“ und „nach 1945“ – ein elaboriertes Verfahren, das sich in unserem Vorgehen zur Erschließung der Vita von Paul Drews eins zu eins widerspiegelt. Im September 2020 berief die Hamburger Behörde für Kultur und Medien dann eine achtköpfige Experten-Kommission ein, deren Arbeit sich ganz wesentlich auf das Gutachten Templins stützte und sich darüber hinaus an den in den Freiburger, Hannoveraner und Düsseldorfer Abschlussberichten genannten Kriterien orientierte.[70] Wo keine Umbenennung stattfinde, aber das Handeln der Person in der NS-Zeit einer stärkeren Kontextualisierung bedürfe, solle dies auf dem Straßenschild, auch mittels QR-Code, der zu weiteren Erläuterungen online führe, erfolgen. Empfehlungen zur Umbenen-

[68] Templin 2017, S. 16.
[69] Vgl. dazu ebd., S. 34–39.
[70] Vgl. im Folgenden Kommission zum Umgang mit NS-belasteten Straßennamen in Hamburg (2022). *Abschlussbericht der Kommission zum Umgang mit NS-belasteten Straßennamen in Hamburg*“. URL: https://www.hamburg.de/contentblob/15965308/42f8b816a275aabf9fe62f9e3f8a981a/data/empfehlungen-kommission-ns-belastete-strassennamen.pdf (besucht am 26. 10. 2023).

Typ	Beschreibung
1	Ablehnung des NS-Regimes, Opposition/Widerstand oder erlittene Verfolgung
2	Keine klare Zustimmung zum Regime, geringfügige Belastung
3	Einfache Zustimmung zum NS-Regime
4	Ambivalente Haltung: geschädigt und um Arrangement/Partizipation bemüht
5	Ambivalente Haltung („Jongleur"): nicht geschädigt, Bekenntnis und Distanz
6	Zustimmung zum NS-Regime, Engagement über die Mitgliedschaft hinaus
	1. Subkategorie: Personen, die über ihre NSDAP-Mitgliedschaft hinaus Ämter innehatten, ansonsten aber zumeist nicht weiter im nationalsozialistischen Sinne hervortraten (oder dies nicht bekannt ist).
	2. Subkategorie: Vertreter und Multiplikatoren nationalsozialistischer, antisemitischer oder völkischer Ideologie, die diese publizistisch oder im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit artikulierten.
	3. Subkategorie: Personen, die nicht unbedingt Vertreter der nationalsozialistischen Weltanschauung waren und zum Teil auch keine Parteimitglieder, die sich durch ihr Handeln aber an der Schädigung von Menschen im Kontext nationalsozialistischer Politik beteiligten.
	4. Subkategorie: höhere Verbandsfunktionäre
7	Hohe staatliche und Parteifunktionäre, „NS-Täter" und Kriegsverbrecher

Tabelle 3.1: Templins Typologie politischer Entscheidungsträger basierend auf Kriterien zur NS-Regime-Nähe.

nung wurden in neun Fällen[71] ausgesprochen, eine Änderung des Erläuterungstextes in mindestens einem Fall.[72] Empfehlungen zu Rück- bzw. Wiederbenennung wurden

[71] Walter Bärsch, Julius Brecht, Erich Elingius, Theodor Heynemann, Fritz Höger, Franz Oehlecker, Richard Schorr, Paul Sritter [unter Vorbehalt, noch laufender Aufarbeitung durch die Ev. Stiftung Alsterdorf], Adolf Strüver.

[72] Heinrich Reincke.

in vier Fällen gegeben.[73] In elf Fällen wurde eine kritische Kontextualisierung empfohlen.[74]

Resümierend stellte die Kommission fest, dass ein starrer Kriterienkatalog allein nicht sinnvoll und immer der Einzelfall in seiner Gesamtbiographie zu betrachten sei. Auch sei zu unterscheiden, ob es sich um eine Neubenennung handele, oder der Straßenname bereits im Stadtbild verankert sei. Eine Benennung nach einer Person die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen oder wissentlich bei ihren Handlungen den Tod eines Menschen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Eugenik, einkalkuliert habe, komme grundsätzlich nicht in Frage. Die NSDAP-Mitgliedschaft allein könne nicht mehr als Grund für eine Nicht- oder Umbenennung angeführt werden. Darüber hinaus solle auch der geschichtspolitische Diskurs sichtbar werden, indem die „Biographie" einer Straße, also frühere Umbenennungen thematisiert werden. Generell müssten die Kriterien für Benennung als auch Umbenennung deutlich geschärft werden.

[73] Walter Flex zu Käthe Kollwitz; Emil Kraepelin zu Nikolaus Heinrich Julius; Christian Friedrich Wurm zu Philipp Veit (Straßenbenennung nach Veit wird empfohlen, Wurmsweg könne aber bestehen bleiben).

[74] Elsa Bromeis, Felix Dahn, Theodor Fahr, Carsten Fock, Heidi Kabel, Rudolph Klophaus, Friedrich Köhne, Kurt A. Körber (QR-Code), Friedrich Lademann, Carl-Hans Lungershausen, Walter Schlenzig.

4. Schlussfolgerungen für den konkreten Fall der „Bürgermeister Drews-Straße“ in Kronshagen

Nach dem im Vorangehenden Dargelegten ergibt sich bestimmt kein eindeutig negatives oder positives Bild, das von Paul Drews als langjährigen Bürgermeister Kronshagens zu zeichnen ist. Seine großen, bis heute weiter wirkenden Verdienste um den Ort in der Nachkriegszeit bleiben ihm unbenommen. Was man trotz der für den Zeitraum davor warum auch immer teilweise dünnen Überlieferung wird sagen dürfen, ist, dass Paul Drews eine taktische Formulierungsvorsicht bei seinen Gemeinderatsprotokollen ab 1936 an den Tag legte. Sehr wahrscheinlich hat er belastende Akten der Gemeindeverwaltung bis August 1945 beseitigt. Deutliche Kritik an Paul Drews in seiner Rolle im Nationalsozialismus wurde im Regelfall nur von räumlich oder zeitlich fernstehenden Personen geäußert und nicht oder kaum nur von wirklichen Kronshagener Einheimischen. Selbst die SPD in der Gemeindevertretung ab 1950 wurde nach der „Willkürherrschaft“ von Bürgermeister-Nachfolger Hans Gerke und dem damit einhergehenden Korruptionsskandal politisch „umgedreht“ und unterstützte nach anfänglichem Boykott seiner Vereidigung 1950 die Arbeit von Bürgermeister Drews. Was man Paul Drews in jedem Fall heutzutage bei aller Bemühung um Kontextualisierung anlasten kann, ist seine offenkundige Lüge in Bezug auf sein Eintrittsdatum in die NSDAP am 1. März 1933, seine zweifelhafte Rolle bei der Absetzung seines Bürgermeistervorgängers Evers 1933, seine öffentliche Verwaltungsverantwortung während der NS-Diktatur, erkennbare geschäftliche Einflussnahmen zulasten von Bürgern und zugunsten von Parteifreunden und Marineinstitutionen in dieser Zeit, sein offensichtliches abtastendes Taktieren im Entnazifizierungsverfahren und – damit einhergehend – seine nachweisbare Falschauskunft 1946, der Eingemeindung Kronshagens entgegengewirkt zu haben. Stattdessen hatte er sie zeitweilig aktiv betrieben! Dass Paul Drews kein Heiliger mit durchweg weißer Weste war, konnte man bereits 1961 wissen, als er anlässlich seiner Pensionierung seitens der Gemeinde mit einer Straßenbenennung und einer Ehrenbürgerwürde geehrt wurde. Letztlich ist es aufgrund dessen wohl eher eine Frage der persönlichen Einstellung oder gar des individuellen Geschmacks, ob die Summe unserer kleinteiligen Beobachtungen den heutigen Mitgliedern der politischen Gremien und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ausreichend erscheint, an der Ehrenbürgerwürde für Paul Drews festzuhalten oder

nicht. Eindeutig be- oder entlastend sind die Befunde ausdrücklich nicht. Etwas anders verhält es sich mit der Straßenbenennung. Bürgermeister Drews ist eindeutig kein Opfer der NS-Diktatur. Aber auch unter einem ausdrücklichen Täter wird man sich etwas anderes vorstellen. Nach dem Hamburger Modell ist Paul Drews aufgrund der derzeitigen Befundsituation und Erkenntnislage am ehesten unter Typ 6, Subkategorie 1 einzureihen: „Zustimmung zum NS-Regime, Engagement über die Mitgliedschaft hinaus. 1. Subkategorie: Personen, die über ihre NSDAP-Mitgliedschaft hinaus Ämter innehatten, ansonsten aber zumeist nicht weiter im nationalsozialistischen Sinne hervortraten (oder dies nicht bekannt ist)." Nun bieten sich für solche mit Straßennamen geehrten Personen grundsätzlich und konkret in Kronshagen drei Vorgehensweisen an, die abschließend genannt seien.

4.1 Vorgehensweise A

Man belässt es bei dem Straßennamen wie bisher ohne weitere öffentliche Erläuterung, wie es in Ahrensburg aus Kostengründen nun anscheinend gedacht ist.[75] Das ist sicher die finanziell günstigste Variante, die der festen Verankerung, den der Straßenname im Ortsbild seit den 1960er Jahren selbst schon wieder erlangt hat, Rechnung trägt, die zugleich aber immer wieder auch die Möglichkeit in sich trägt, dass die Debatte um die Benennung der Straße an einer so prominenten Stelle in Kronshagen nach einem NS-Bürgermeister immer wieder hochkocht, verbunden mit dem – wenn vielleicht auch oberflächlichen – Vorwurf einer mangelnden Auseinandersetzung mit dem belastenden Geschichtserbe nach dem Motto „Augen zu und durch".

4.2 Vorgehensweise B

Man beseitigt den Straßennamen „Bürgermeister Drews-Straße" und ersetzt ihn z. B. durch den eines Kronshagener NS-Opfers wie z. B. Friedrich Belz. Das ist mit Sicherheit die einschneidendste Lösung, um die Frage der schwierigen Bewertung von Bürgermeister Drews zu lösen. Allerdings muss ausdrücklich betont werden, dass eine solche Vorgehensweise eine stärkere Belastung des ehemaligen Bürgermeisters impliziert, als sie quellenbasiert festgestellt und nachgewiesen werden kann. Das könnte die betreffenden Entscheidungsträger in Argumentationsschwierigkeiten versetzen, wenn ihre derartige Entscheidung gegenüber Gegnern einer solchen Umbenennung zu rechtfertigen wäre, in welchen Gründen auch immer deren Gegnerschaft beruhen würde. Insgesamt entspricht in Drews' Fall eine komplette Tilgung des alten Straßennamens einer in seiner Tragweite selbst überaus problematischen Damnatio memoriae, der die Hoffnung innezuwohnen schiene, eine Form der Schuld aus der Vergangenheit durch Löschung der Erinnerung daran zu minimieren und schließlich ganz zu beseitigen. Für die Zukunft ist damit aber nichts Konstruktives geleistet. Denkbar wäre bei dieser Vorgehensweise B freilich ein zusätzlicher Hinweis auf den

[75] Filip Schwen (2023). *Umstrittene Straßennamen in Ahrensburg bleiben.* URL: https://www.abendblatt.de/region/stormarn/article239743755/Umstrittene-Strassennamen-in-Ahrensburg-bleiben.html (besucht am 26. 10. 2023).

vorigen Straßennamen, um die Umbenennung und den Grund für dieselbe transparent zu kontextualisieren. Das würde die gerade beschriebene Damnatio Memoriae abmildern.

4.3 Vorgehensweise C

Wenn keine Umbenennung wie nach der zweiten, eben dargelegten Option stattfinden soll, erscheint es angesichts der relativen Zweideutigkeit der Person von Bürgermeister Drews durchaus sinnvoll, sein Handeln in der NS-Zeit zu kontextualisieren und mit demjenigen aus der Zeit vor 1933 und nach 1945 zu vergleichen. Dies kann recht eigentlich nur im unmittelbaren Verweis auf oder an dem Straßenschild geschehen, indem eine beigegebene Zusatzinformation auf die hier im Vorangehenden offenbarte Zwiespältigkeit hinweist, eventuell noch um einen QR-Code ergänzt, der online zu weiteren Erläuterungen der Gemeinde führt. Diese Lösung bietet den nachhaltigen Vorteil, dass sie bei einem verhältnismäßig geringen Kostenaufwand unterstreicht: man setzt sich in Kronshagen sinnvollkritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinander und weiß zu einer ausgewogenen Entscheidung zu gelangen wie zu seiner historischen Verantwortung zu stehen.

Quellen

Gemeindearchiv Kronshagen. *GAK 3-685*. Private Bauprojekte, Eichkamp.
— *GAK 4-21b*. Ordnungssachen T.
— *GAK 4-225*. Verschiedenes, Gemeindevertretung 1948-1959.
— *GAK 4-258*. Bürgermeister-Wahl 1950.
— *GAK 4-5131*. Ordnungssachen Retta.
— *GAK 4-5190*. Protokolle Gemeindevertretung 1949-1951.
— *GAK 4-5192*. Protokolle Gemeindevertretung 1953-1955.
— *GAK 4-5193*. Protokolle Gemeindevertretung 1955-1957.
— *GAK 4-5194*. Protokolle Gemeindevertretung 1957-1959.
— *GAK 4-5200*. Protokolle Gemeindevertretung 1961/62.
Landesarchiv Schleswig-Holstein. *LASH, Abt. 460.11, Nr. 148/2034*. Entnazifizierungsakte von Paul Drews.

Literatur

Auge, Oliver (2017). *Kiel in der Geschichte. Facetten einer Stadtbiografie*. (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 86). Kiel/Hamburg.

Danker, Uwe und Sebastian Lehmann-Himmel (2017). *Landespolitik mit Vergangenheit. Geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive nach 1945. Durchgeführt im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtages*. Husum.

Drews, Paul (1971). „Straßennamen in unserer Gemeinde". In: *Kronshagen. Beginn – Entwicklung – Gegenwart*. Hrsg. von Gemeinde Kronshagen. Kiel, S. 46–50.

Erdmann, Ulrich (2021). „Kronshagen zwischen Revolution und nationaler Erhebung". In: *Kronshagen. Von der agrarischen Siedlung im Mittelalter zur Gartenstadt der Gegenwart*. Hrsg. von Oliver Auge. (Nordelbische Ortsgeschichten, Bd. 6). Husum, S. 136–207.

Grawe, Lukas (2017). „Die Landräte der Kreise Rendsburg und Eckernförde während des Nationalsozialismus". In: *Demokratische Geschichte* 16, H. 2, S. 90–109.

Neugebauer, Günter (2018). *Gegen das Vergessen. Opfer und Täter in Rendsburgs NS-Zeit*. Rendsburg.

Ohrenschall, Alice (1971). „Ein Leben für Kronshagen." In: *Kronshagen. Beginn – Entwicklung – Gegenwart.* Hrsg. von Gemeinde Kronshagen. Kiel, S. 44.

Peters, Julius (1968). „Die nationalsozialistische Zeit: Geschichte des Kreises Rendsburg 1933 bis 1945". In: *100 Jahre Kreis Rendsburg. Ein Rückblick 1887 bis 1967*. Hrsg. von Kreisausschuss des Kreises Rendsburg. Rendsburg, S. 50–58.

Steffen, Paul (2008). „Der Kreis Bordesholm 1867-1932". In: *Jahrbuch für das ehemalige Amt Bordesholm*, S. 191–196.

Onlineressourcen

Abschlussbericht des Beirats zur Überprüfung Düsseldorfer Straßen- und Platzbenennungen (2023). URL: https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt13/presseanhang/2001/200123Abschlussbericht_Strassennamen.pdf (besucht am 26. 10. 2023).

Geisslinger, Esther (2014). *Hindenburg wird abgeschafft*. URL: https://taz.de/Kieler-Uferpromenade-wird-umbenannt/!5050536 (besucht am 26. 10. 2023).

Janneck, Rouven (2020). *Hans Seibold, Josef Fischer und Josef Kristaller. Städtische Verwaltung, Berufsschule und Gemeinde im Nationalsozialismus. Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag der Stadt Kaufbeuren*. URL: https://www.kaufbeuren.de/PortalData/17/Resources/kultur/pdf/Strassenumbenennungen_-_Gutachten_Institut_fuer_Zeitgeschichte.pdf (besucht am 26. 10. 2023).

Kommission zum Umgang mit NS-belasteten Straßennamen in Hamburg (2022). *Abschlussbericht der Kommission zum Umgang mit NS-belasteten Straßennamen in Hamburg*". URL: https://www.hamburg.de/contentblob/15965308/42f8b816a275aabf9fe62f9e3f8a981a/data/empfehlungen-kommission-ns-belastete-strassennamen.pdf (besucht am 26. 10. 2023).

Mainz, Landeshauptstadt (2016). *Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Historische Straßennamen"*. URL: https://www.mainz.de/medien/internet/downloads/kulturabteilung/Abschlussbericht-AG-Historische-Strassennamen.pdf (besucht am 26. 10. 2023).

Sassmannshausen, Felix (2021). *Dossier: Straßen- und Platznamen mit antisemitischen Bezügen in Berlin*. URL: https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/ansprechpartner-fuer-antisemitismus/oeffentlichkeitsarbeit-1292237.php#headline_1_3 (besucht am 26. 10. 2023).

Schwen, Filip (2023). *Umstrittene Straßennamen in Ahrensburg bleiben.* URL: https://www.abendblatt.de/region/stormarn/article239743755/Umstrittene-Strassennamen-in-Ahrensburg-bleiben.html (besucht am 26. 10. 2023).

Stadt Freiburg im Breisgau (2023). *Auflistung zum Umgang mit von der Kommission geprüften Freiburger Straßennamen*. URL: https://www.freiburg.de/pb/1309907.html (besucht am 26. 10. 2023).

Stadt Münster (2012). *Umgang mit strittigen Straßennamen*. URL: https://www.muenster.de/stadt/strassennamen/umgang-mit-strittigen-strassennamen.html (besucht am 26. 10. 2023).

Templin, David (2017). *Wissenschaftliche Untersuchung zur NS-Belastung von Straßennamen. Abschlussbericht, erstellt im Auftrag des Staatsarchivs Hamburg*. URL: https:

//www.hamburg.de/contentblob/13462796/1d4b36cbfb9adc7fca682e5662f5854d/data/templin-abschlussbericht-ns-belastete-strassennamen.pdf (besucht am 26. 10. 2023).

Überprüfung der Freiburger Straßennamen, Kommission zur (2023). *Abschlussbericht der Kommission zur Überprüfung der Freiburger Straßennamen*. URL: https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E1625727966/1028363/Strassennamen_Abschlussbericht.pdf (besucht am 26. 10. 2023).